Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 820.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 69. Donnerstag, den 22. März 1917. 24. Jahrg.

„Rückzug" im Westen.

Rückzug ist falsch, denn der Rückzug wird für gewöhnlich erzwungen. Es handelt sich jedoch nur um die freiwillige Räumung eines Geländes zwischen Arras und der Aisne in der Breite von 135 Kilometern bei wechselnder Tiefe. Die letzten Heeresberichte haben von dieser Tatsache Mitteilung gemacht. Die Räumung hat den Zweck, der deutschen Heeresleitung nach einem Stellungskrieg, der seit der Mitte des November 1914 andauert, endlich Bewegungsfreiheit zu geben. Außerdem, den großen Vorteil der Initiative wieder in die deutschen Hände zurückzuleiten.

Mehr kann im Augenblick über die deutschen Absichten noch nicht mitgeteilt werden. Dagegen ist es gestattet, die Leser über die Operation der Räumung an sich zu unterrichten. Wir tun dies an der Hand des Vertreters der Scherlpresse an der westlichen Front. Karl Rosner schreibt seinen Auftraggebern u. a. folgendes:

„Das Trachten unserer Führung ging dahin, eine völlig neue Lage zu schaffen und dabei doch das ungeheure Blutvergießen zu ersparen, das ein Anrennen gegen die so überaus hingebend ausgebauten Sommestellungen unsrer Feinde bringen mußte. So fand sie den Ausweg, der die gesamte vorbereitende Kraftanstrengung unserer Gegner wertlos machte, der fremde Milliardenwerte an Arbeitskraft und Material als nutzlos vertan erwies und das zugleich vor neuen rückwärtigen Stellungen ein freies Kampfgelände gab, das wir bis in die letzten Einzelheiten kennen, das aber unsern Gegnern unbekannt oder fremd geworden ist.

Unser Rückzug aus den alten Stellungen an der Ancre und an der Somme hat, das kann heute schon erklärt werden, die geplante große englisch-französische Offensive dieses Frühjahrs gegen das Zentrum unserer Westfront zunichte gemacht. Der hinter uns vorgehende Feind findet einen Raum vor sich, der von uns als ein einziges Kampfglacis vor unseren neuen Stellungen bereitet wurde.

Daß es unserer Obersten Heeresleitung kein leichter Entschluß gewesen ist, das schöne und während der zweiundeinhalb Jahre unsrer Besetzung geschonte und gepflegte Land nun einem rücksichtslos geltenden militärischen Zweck dienstbar machen zu müssen, weiß jeder Deutsche, der das Wesen und Empfinden unserer obersten Führer kennt. Hier aber stand Größeres auf dem Spiele als die Rücksichtnahme auf Gebietsteile eines Landes, das uns nach diesem ungeheuern, für uns siegreichen Ringen den Frieden verweigert — hier galt es, einzig das als Richtschnur für die militärischen Entschließungen gelten zu lassen, was uns unter der denkbar größten Schonung unsrer Kampftruppe den größten Vorteil, was dem Gegner den furchtbarsten Nachteil bringen mußte.

So wurden in dem Laufe dieser letzten Monate große Gebietsstreifen von Frankreich durch uns zu einem toten Gelände gestaltet, das sich 10, 12 und 15 Kilometer breit längs unsrer gesamten neuen Stellungen hinzieht und einen grauenvollen Wall der Leere für jenen Gegner bietet, der gewillt ist, an diese neuen Stellungen heranzukommen. Kein Dorf und kein Gehöft blieb stehen in diesem Glacis — keine Straße blieb fahrbar, keine Brücke, kein Schienenstrang und kein Bahndamm blieb bestehen. Wo Wälder waren, ragen Stümpfe; die Brunnen sind gesprengt, die Drähte, Kabel, Leitungen vernichtet.

Vor unseren neuen Stellungen zieht als ein ungeheures Band ein Reich des Todes. Und hier muß dann der Gegner, der uns in diesem Abschnitt weiter bekriegen will, seinen Boden suchen. Kein Keller, der ihm Unterstand gewährte, ist geblieben, kein Holz, mit dem er bauen könnte. All unser eigenes Material ist längst zurückgeschafft und alle örtlichen Quellen neuer Materialgewinnung sind vernichtet. Ueber die Straßen hin sind die gefällten Riesenbäume der Alleen geworfen und über die Wiesen ging im Frühjahrsregen der Pflug; Geschütze, die etwa hier fahren wollten, würden versinken.

Grauenvoll ist dies Land, durch das ich in den letzten Wochen kam; es wird für jene, die es nun beziehen sollen, ein Entsetzen sein.

Gewiß, es mußte Härte gegen diesen einstmals schönen Landstrich und Härte gegen seine Bewohner walten. Die Männer, die uns durch das Ende dieses Krieges zum Siege führen, haben getan, was irgend in Menschenkräften stand, um das Schicksal dieser Bewohner so milde wie möglich zu gestalten. Viele, darunter alle arbeitsfähigen Männer und Jünglinge, wurden weiter zurück ins Land gebracht, kein waffenfähiger Mann sollte dem Gegner einen Zuwachs an Kraft bringen. Hingegen wurden solche Frauen, Kinder, alte Männer, die den Wunsch hatten, Anschluß an Frankreich wieder zu gewinnen, in eine Anzahl von Ortschaften — Noyon, Roye usw. — gebracht, die jenseits des verwüsteten Landstreifens liegen, und die von unserer Seite nach Möglichkeit geschont wurden. Diese nun mit Zivileinwohnern stark belegten Ortschaften hinter unsrer alten Stellung wurden den Gegnern nahezu kampflos überlassen, damit diese Zivileinwohner so wenig wie möglich unter den Leiden des Kampfes zu erdulden hätten. Von einer Zurückführung auch dieser Menschen mußte abgesehen werden, weil wir darauf bedacht sein müssen, nicht allzu viele unnütze Esser in der „belagerten Festung" des deutschen und deutsch besetzten Landes zu haben.

Heute will noch etwas wie Freude über unsern Rückzug aus den Funksprüchen der Franzosen und Engländer klingen: sie suchen sich über die Erkenntnis, daß sie die neue Sommeschlacht furchtbar verloren haben, ehe sie sie schlugen, hinwegzutäuschen. Bessere Einsicht wird diese Freude bald genug in furchtbare Enttäuschung wandeln, und die bessere Einsicht wird ihnen dann zeigen, daß Deutschland durch diesen genialen Zug sich auch im Westen mit einem Schlage alle jene unbedingten Freiheiten der Entschließung und Bewegung errungen hat, in deren Besitz es seinem Gegner immer wieder in diesem Kriege die furchtbarsten Ueberraschungen zu bereiten vermochte! —

*

Ueber die jüngsten Operationen an der Westfront wird von maßgebender Stelle noch mitgeteilt:

Nachdem am 22. Februar abends unsere Stellung beiderseits der Ancre in der ungefähren Linie Monchy-Achiet-LePetit bis Transloy ohne Einwirkung des Feindes zurückverlegt war, wurde in der Nacht zum 23. Februar mit der Rückverlegung der südlichen anschließenden Abschnitte begonnen. Diese Bewegung wurde völlig unbemerkt vom Gegner ausgeführt. Noch am 12. März nahmen die Engländer die bereits geräumten Stellungen bei Crevillers, westlich Bapaume, den ganzen Tag über unter heftiges Artilleriefeuer und griffen abends mit starken Kräften an. Im Glauben, daß wir uns weiter in der Rückwärtsbewegung befänden, stießen sie sodann am 13. März ohne Artillerievorbereitung erneut vor und wurden mit starken Verlusten abgewiesen. Auch unsere Rückwärtsbewegung zwischen der Avre und Oise begann völlig unbemerkt vom Feinde. Zurückgelassene Patrouillen verschleierten unseren Abmarsch vollständig und fügten kleineren vorfühlenden Abteilungen schwere Verluste zu. Erst nach Artillerievorbereitung gelang es am 13. den Franzosen, an einzelnen Stellen in unsere vordere Linie einzudringen. Infolge unseres Artilleriefeuers räumten sie jedoch die besetzten Teile wieder, sodaß am Abend des 13. der ganze vordere Graben nördlich der Avre bis zur Oise sich im Besitz unserer Patrouillen befand. Erst im Laufe des 15. März verdrängten feindliche Erkundungsabteilungen unsere Patrouillen aus den vordersten Graben. Bereits in der Nacht zum 14. März räumten wir, unbemerkt vom Gegner, Peronne unter Zurücklassung von Offizierspatrouillen, die Erkundungsvorstöße bei Rancourt und östlich Bouchavesnes abwiesen. Nur in der Gegend des St. Pierre-Vaast-Waldes wichen unsere Patrouillen am 14. März vor stärkeren Erkundungsvorstößen planmäßig zurück, dagegen hielt der Gegner am 14. März unsere Stellungen beiderseits der Somme unter starkem Artilleriefeuer, ohne in sie einzudringen. Erst als am 15. März unsere Patrouillen zurückwichen, besetzte er unseren ersten und zweiten Graben bei Sailly. Auch an diesem Tage blieb unsere ehemalige Stellung beiderseits der Somme noch in der Hand unserer Patrouillen.

Nach häufiger Artillerie- und Minenwerfer-Vorbereitung unternahmen die Franzosen verschiedene vergebliche Versuche, die am 18. März von den Deutschen eroberten Stellungen am westlichen Maas-Ufer zurückzuerobern. Die mit großer Heftigkeit vorgetragenen Sturmangriffe wurden blutig zurückgewiesen. Es gelang den Franzosen nicht einmal die deutschen Stellungen zu erreichen. Vom Feuer gefaßt, fluteten sie in ihre Ausgangsstellungen zurück. Auch am 19. März folgten die Engländer südlich Arras dem deutschen Abmarsch nur zögernd. Nachhutgefechte, in die sie verwickelt wurden, verliefen für sie ungünstig. Mit größter Energie drängten die Franzosen aus der Gegend zwischen Avre und Oise nach, während sie südlich der Oise ohne jeden Nachdruck folgten. Die deutsche Kavallerie hält Fühlung mit dem Gegner. Im Laufe der Nacht zum 16. März setzte sich der Feind vollständig in den Besitz unserer ehemaligen Stellungen zwischen der Avre und Oise. Ueber diese Linie hinaus ging er jedoch in das von unseren Patrouillen freigegebene Gelände erst am 16. nachmittags. Dabei rückten die Engländer sehr zögernd vor und erlitten, ebenso wie die etwas schneller in der Gegend von Roye folgenden Franzosen, durch unser zusammengefaßtes Feuer erhebliche Verluste. Am 17. März erreichten die Franzosen, unsere schwache Sicherungsabteilung zurückdrückend, die Linie Carrepuis-Roiglise—Marigny und die Höhe westlich Beaulieu. Zum Vorgehen südlich bedurfte der Gegner ausgiebiger Artillerievorbereitung. Aus alledem ergibt sich, daß unser Rückzug ohne jede Einwirkung des Feindes vonstatten ging und daß unsere Patrouillen dem Gegner nur so viel Gelände nach und nach freigaben, als es ohne Störung unseres Abmarsches geschehen konnte.

Die Vorgänge in Rußland.

Mit erfreulichem Eifer propagieren die russischen Sozialdemokraten weiter ihre Ziele und Forderungen, die in einer Beendigung des Krieges gipfeln. Am 15. März hielt die sozialdemokratische Dumafraktion und die Arbeiterfraktion der Duma eine Komiteesitzung, an der sich auch die Vertreter von fünfzehn Arbeiterverbänden beteiligten, ab. Der Abgeordnete Tscheidse gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Geschehnisse, er betonte, daß die gegenwärtige Regierung, die eine völlige Vertretung der Interessen der Bourgeoisie darstelle, nur ein Provisorium sein könne. Die Abgeordneten Tscheidse und Skobelew seien aus dem Wohlfahrtsausschuß ausgetreten, weil sie die Wahrnehmung machen mußten, daß die bürgerliche Opposition nicht daran denke, die jetzigen Ereignisse zur Gestaltung einer russischen Republik zu benutzen. Die heutige Regierung sei die Verkörperung des schrankenlosen russischen Imperialismus. Dieser bilde für das russische Volk eine fast ebenso große Gefahr wie der Absolutismus. Es sei wenig empfehlenswert, gegenwärtig das Blutvergießen fortzusetzen, die nächsten Wochen würden bereits für die sozialdemokratischen Ideale arbeiten. Es sei ganz unmöglich, daß es der neuen Regierung gelingen werde, das Versorgungsproblem zu lösen. Dazu sei es heute bereits zu spät. Er (Tscheidse) glaube nicht daran, daß es der Regierung gelingen werde, auch nur ein Viertel der Versprechungen an das Volk einzulösen. Die Hungersnot werde im Mai auf den Gipfel gestiegen sein und auch die neue Regierung unbarmherzig von dem auf schwankender Grundlage errichteten Piedestal fegen. Das einzige Allheilmittel für Rußland und das russische Volk sei die Beendigung des Krieges. Die heutige Regierung begehe den schwersten Fehler, wenn sie die diesbezüglichen Schreie des Volkes überhöre. Die heutige Regierung übersehe die furchtbare Gefahr, die für Rußland darin läge, daß nicht einmal der vierte Teil der Ackerfläche des Vorjahres bestellt worden ist und daß die Frühjahrsbestellungen an dem völligen Fehlen von Saatgut scheitern müßten. Eine Fortsetzung des Krieges unter den vorliegenden Umständen sei Wahnsinn. Wenn die Bourgeoisie auch heute noch blind sei, so werde ihr wahrscheinlich spätestens in einem halben Jahre der Star vom Volke gründlich gestochen werden. Im übrigen würde sich die sozialdemokratische Partei allen Regierungsprojekten, die auf eine direkte Machtverstärkung der Bourgeoisie hinzielten, energisch widersetzen und keineswegs zögern, entsprechende Gegenmaßnahmen ins Werk zu setzen. Die Sozialdemokratie erhalte erst jetzt die Möglichkeit, die Massen straff zu organisieren und ihre Kräfte einheitlich zusammenzufassen. Die Masse sei in Rußland eine furchtbare Macht. Die Bourgeoisie habe dieses erst in den letzten Tagen mit eigenen Augen sehen können.

Der Abgeordnete Skobelew erklärte, daß Rußland am Vorabend einer zweiten, aber wirklichen Revolution stehe.

Der Abgeordnete Kerenskij, bekanntlich Justizminister in der neuen Regierung, erklärte, daß man zufrieden sein solle, daß man das Erreichbare möglich gemacht habe. Man solle der neuen Regierung, die vom besten Wollen beseelt sei, keine unnötigen Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Bresche für die Freiheit sei nun geschlagen, man sollte vorläufig erst die neuen Grundlagen gründlich kennen lernen, dann ließe sich von hier aus weiter operieren.

Das Komitee nahm eine Resolution an, in der mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen wurde, der neuen Regierung eine Denkschrift zu überreichen, in der die sofortige Beendigung des Krieges gefordert wird.

Nach einer Temps-Meldung tagte im Taurischen Palast ein gemischter, aus Arbeitern und Soldaten bestehender Ausschuß. Die Anhängerzahl der beiden Ausschüsse wächst. Am 20. waren bereits 1600 Mitglieder eingeschrieben, wovon jedes einzelne tausend oder eine Kompagnie vertritt. Die Ausschüsse verlangen dringend die Einberufung der konstituierenden Versammlung, in der Hoffnung, diese werde die Republik proklamieren. Sie verlangen ferner die Entfernung aller Romanows. — In dieser Sitzung sind nach einer anderen Meldung auch Fürst Lwow und Miljukow als Vertreter der neuen Regierung anwesend gewesen; als sie die Notwendigkeit der Fortführung des Krieges betonen wollten, wurden sie mit stürmischen Zurufen unterbrochen.

Als Ergebnis dieser Sitzung ist ein von Tscheidse und Tschenkeli gezeichneter Aufruf herausgekommen, der sich in scharfen Worten gegen die jetzige Regierung wendet. In demselben heißt es: „Arbeiter! Ihr seid die Träger der russischen Umwälzung. Euer Blut ist in Strömen geflossen, damit die

Unterdrücker des Volkes getötet und eingesperrt wurden. Jetzt seid ihr wiederum betrogen. Ihr wollt Brot, Freiheit und Frieden. Brot seht ihr weniger als zuvor; der Friede ist in die fernste Ferne gerückt; die Freiheit auf unbestimmte Versprechungen begründet. Arbeiter! Traut nicht den Versprechungen des Bürgertums, das den mit eurem Blute errungenen Sieg für sich auszunutzen trachtet. Arbeiter! Ihr könnt die Herren Rußlands werden. In euren Händen sind die wichtigsten Armeebetriebe des ganzen Reiches. Laßt euch nicht durch Versprechungen überreden, die Arbeit aufzunehmen, sondern haltet euch bereit, den Befehlen, die das Arbeiterkomitee in den nächsten Tagen an euch richten wird, zu folgen. Wir fordern sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen, die unter der Aufsicht der Arbeiterschaft schnellstens durchzuführen sind, dann sofortige Verwirklichung des sozialistischen Programms unter Loslösung aller Fremdstämmigen vom russischen Reich."

Dem Stockholmer „Socialdemokraten“ zufolge wurde in Petersburg die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Die Arbeiter fordern den Frieden.

Aus allen diesen Nachrichten geht hervor, daß die neue Regierung schweren Anstürmen von links und, wie trotz fehlender genauer Meldungen mit Sicherheit angenommen werden kann, auch von rechts ausgesetzt ist. Sie wird ihnen widerstehen können, wenn sie die Wünsche der breiten Massen des Volkes nach einem sofortigen Friedensschluß erfüllt. Geschieht das nicht, dann wird sie den kommenden Gegenrevolutionen zum Opfer fallen.

Die neue Regierung hat eine Reihe wichtiger Maßnahmen getroffen, von denen wir folgende hervorheben:

Die Regierung hat nach Reuter angeordnet, daß 1) der frühere Zar und seine Gemahlin als Gefangene betrachtet und nach Zarskoje Selo gebracht werden sollen, 2) General Alexejew den Abgeordneten Bouprow, Verschinine, Gribonnine und Kaliline, die nach Mohilew geschickt wurden, ein Detachement zur Bewachung des Zaren zur Verfügung stellt.

Weiter veröffentlicht sie ein Manifest, das die finnische Konstitution völlig bestätigt und ihre volle Anwendung anordnet. Das Manifest gewährt außerdem weitgehende politische Amnestie und schreibt für die nächste Zeit die Einberufung des finnischen Landtages vor. Ein weiterer Ukas der provisorischen Regierung lautet:

Indem wir den gebieterischen Forderungen des nationalen Gewissens Folge leisten, ordnen wir im Namen der historischen Gerechtigkeit und zum Andenken an den endgültigen Triumph des neuen Regimes, das sich auf Recht und Freiheit gründet, eine allgemeine politische Amnestie an.

In einem Aufruf an die Armee wird um Aufrechterhaltung der Solidarität und Disziplin ersucht, damit der Krieg gewonnen werden kann.

Während die Flotte des Schwarzen Meeres sich, wie es scheint, der vorläufigen Regierung ohne Widerspruch angeschlossen hat, ist es auf der Ostsee-Flotte zu schweren Kämpfen gekommen. Die Petersburger Telegraphenagentur berichtet darüber unterm 20. März: Amtliche Mitteilungen über die Unruhen, die am 16. März abends auf den Schiffen der Ostseeflotte stattgefunden haben, besagen: Ein Teil der Flotte sprach sein Vertrauen dem höchstkommandierenden Admiral Nepenin aus, während ein anderer Teil Mißtrauen ausdrückte. Während der Unruhen wurde ein Teil der Offiziere getötet und verwundet. Die provisorische Regierung schickte zwei Abgeordnete, denen es nach einigen Verhandlungen gelang, die Ruhe wieder herzustellen und die Flottenmannschaften zu bewegen, sich der neuen Regierung anzuschließen. Es herrscht wieder vollständige Ruhe bei der Flotte. Unglücklicherweise wurde Nepenin am 17. März getötet; der von der provisorischen Regierung zum Befehlshaber der Truppen des Militärbezirks Petersburg ernannte Generalleutnant Korniloff trat seine Stellung an.

Da der Admiral Nepenin sich der vorläufigen Regierung zur Verfügung gestellt hatte, kann die Empörung auf der Flotte sich nur gegen die Dumarevolution gerichtet haben, aber kaum aus Liebe zum alten System, sondern im Gegenteil, weil die Mannschaften weiter gehen wollten als die Duma, weil sie das Aufhören des Krieges erstrebten. Für diese Auffassung spricht es, daß der Arbeitervertreter im Ministerium, Kerenskij, eine starke Mahnung an die Mannschaften richtete, in der er u. a. sagte: „Hört auf Eure Kameraden, die Offiziere, die selbst zusammen mit Euch kämpfen. Ich bin überzeugt, daß Ihr mir Vertrauen entgegenbringt und sofort aufhören werdet, die russische Flotte weiter zu zerstören. Sie wurde erbaut mit schwerem Gelde des russischen Bauern und Arbeiters. Rußland braucht die Flotte zum Schutze seiner Freiheit. So schützt Eure Flotte und die Vorräte, so daß die Flotte imstande ist, feindliche Angriffe abzuwehren. Ich bitte Euch inständig, kein Blut weiter zu vergießen und Frauen und Kinder zu schützen. Dies ist Eure Pflicht. Ihr seid freie Bürger, die wissen müssen, daß es in jeder Organisation Personen gibt, die ausführen, und andere, die befehlen. Helft denen in Erfüllung ihrer Pflicht, die Euch befehlen."

Die Stellung des Ministers Kerenskij ist, wenn die verschiedenen Nachrichten über ihn zutreffen, einigermaßen unklar. Während man zuerst annehmen mußte, daß er von der äußersten Linken gewissermaßen als Wachposten in die Regierung gesandt worden sei, scheint er jetzt schon mehr und mehr in den Vordergrund zu treten, den weiter vorwärts drängenden Elementen im Volk gegenüber als Beschwichtiger, im Ministerium aber Vertreter einer eigenen Kriegs- oder vielmehr Kriegszielpolitik. Der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet seinem Blatte vom Sonntag: Er habe eine lange Unterredung mit dem neuen Justizminister Kerenskij gehabt, dessen Einfluß bei der provisorischen Regierung sehr groß sei. Kerenskij habe sich für die Internationalisierung Konstantinopels, für die Unabhängigkeit Polens und die Autonomie Armeniens unter russischem Schutz ausgesprochen. Kerenskij glaubt, daß die Regierung zwischen den Nationalitäten im Kaukasus [illegible] würde, wenn Armenien autonom würde. Kerenskij sagte schließlich, daß die finnische Verfassung wiederhergestellt werden sollte.

Mit diesem Programm, das immerhin kein Friedensprogramm ist, weil es z. B. die völlige Besetzung und Zerstückelung der Türkei zur Bedingung hat, tritt [illegible] Kerenskij in schärfsten Gegensatz zu seinem Kollegen Miljukow, der Konstantinopel für Rußland will, aber auch ganz Galizien, die preußischen Provinzen Posen, West- und Ostpreußen mit [illegible] unter russischer Herrschaft [illegible] will.

Vom Tage.

Im Regen und Schneetreiben versuchen die Engländer und Franzosen den Deutschen über die geräumten und zerstörten Gebiete zu folgen. Das Tempo ihres Vormarsches wird durch die deutschen Kavallerie- und Infanteriesicherungen bestimmt. Bei den Versuchen, deutsche Postenketten zu zerreißen, erlitten die Engländer in dem ihnen unbekannten Gelände schwere Verluste. Bei einem Dorfe südlich Arras lagen auf dem engsten Raume 52 tote Engländer dicht beieinander. Zwei Bataillone, die sich in dem riesigen gesprengten Straßentrichter festzusetzen versuchten, wurden von der deutschen Artillerie unter schweres Vernichtungsfeuer genommen. Unter dem einschlagenden Granatenhagel blieb ein großer Teil tot am Platze. Der Rest ging eilig zurück. Auch sonst fügten die deutschen Batterien, die genau eingeschossen sind und aus gut vorbereiteten Beobachtungsstellen das geräumte Gelände weithin überschauen, den nachrückenden Alliierten schweren Schaden zu. Auffahrende Batterien der Alliierten litten in gleicher Weise, wie die Truppenansammlungen auf den Straßen und die schanzende Infanterie unter dem schweren deutschen Feuer. Die Franzosen versuchten am 20. März mit einer stärkeren Kavallerieabteilung Roupy, nordöstlich von Ham, zu besetzen, mußten es am Nachmittag wieder räumen. Angriffe, die sie mit zwei Bataillonen aus der Gegend von Leury-Clameny, nordöstlich Soissons, versuchten, scheiterten unter schwersten Verlusten. Auf den Höhen westlich der Maas, wo, allen französischen Ableugnungsversuchen zum Trotz, die genommenen Gräben sämtlich in deutschem Besitz verblieben, ist die Beute auf 8 Offiziere, 546 Mann, 33 Maschinen- und Schnelladegewehre und 3 Minenwerfer gestiegen.

Auf den Höhen nördlich von Monastir, wo sich die Franzosen in verlustreichen Stürmen an die Stellungen der Mittelmächte herangearbeitet hatten, wurden sie durch Gegenstoß um die kleinen, mit so schweren Opfern erkämpften Vorteile gebracht. Sie wurden von den Hängen des wichtigen Beobachtungshügels 1248 hinuntergeworfen, ebenso aus den Stellungen, die sie nördlich Snegovo erkämpft hatten, wieder vertrieben. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als auch das von ihnen noch gehaltene Grabenstück von einem Kilometer Länge zwischen diesen beiden Punkten freiwillig zu räumen. Alle Versuche, die verlorenen Stellungen zurückzugewinnen, wurden verlustreich bei dem glänzenden Zusammenwirken von Artillerie und Infanterie, sowie der einheitlichen Befehlsführung auf seiten der Mittelmächte zurückgewiesen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Berlin, 21. März, abends. (Amtlich.)

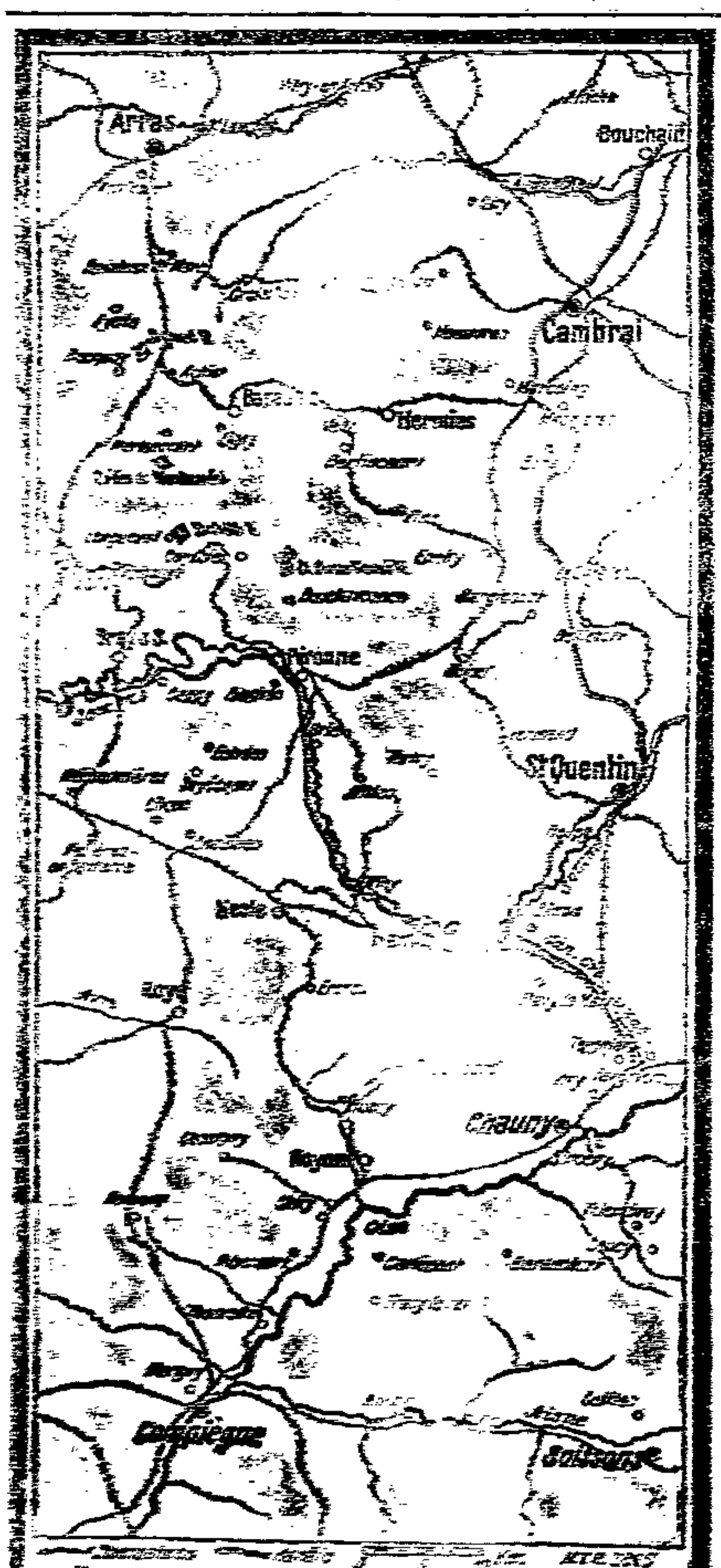
Außer Gefechten im Somme-Oise-Gebiet keine besonderen Ereignisse.

Im Osten gelang ein eigener Vorstoß an der Beresina in vollem Umfange.

Nördlich Monastir ist wieder gekämpft worden.

Wien, 21. März. (Amtlich.)

Auf keinem der drei Kriegsschauplätze Ereignisse von Belang.



Übersichtskarte zur Frontverlegung zwischen Arras und Oise

Frankreich und Belgien.

Französischer Heeresbericht

vom 20. März nachmittags: Von der Avre bis zur Aisne wenig Veränderung; während der Nacht rückten unsere Vortruppen um ein Geringes vor; sie halten sich immer mit dem Feinde in Berührung. Das Vorrücken wurde schwieriger infolge der Zerstörung aller Wege und Verbindungen und des schlechten Wetters. In der Champagne hat der gestern gemeldete Artilleriekampf in der Nacht aufgehört; keine Infanteriegefechte. Auf dem linken Maasufer haben die Deutschen wiederholt neue Angriffe auf unsere Stellungen zwischen dem Walde von Avocourt und der Höhe 304 gemacht; der Feind wurde jedesmal durch unser Feuer abgewiesen und erlitt ernste Verluste, ohne ein Ergebnis zu erzielen.

Bericht vom 20. März abends: Von der Somme bis zur Aisne nutzten unsere Truppen ihre neuen Erfolge nachhaltig aus und schritten zur Besetzung der wiedereroberten Zone nördlich der Somme. Unsere Kavallerie stieß bis in die Umgegend von Roupy vor, sieben Kilometer von St. Quentin, wo sie deutsche Reiterpatrouillen vertrieb. Nordöstlich von Chauny besetzte unsere Infanterie Tergnier und überschritt im Laufe des Tages den Kanal bei St. Quentin. Einige ziemlich lebhafte Scharmützel mit feindlichen Abteilungen verliefen für uns günstig. Im Verlaufe dieser mehrtägigen Verfolgung hatten wir an der gesamten Front nur geringe Verluste. Überall auf unserem Vormarsch konnten wir Beweise eines planmäßigen Vandalismus feststellen. Die vom Feinde ausgeführten Zerstörungen haben meistens keinen militärischen Zweck. Am Nachmittag meldeten unsere Flieger, daß die historischen Ruinen des Schlosses Couci durch Sprengung zerstört worden seien. Bei der Räumung von Noyon führte der Feind gewaltsam 50 junge Mädchen im Alter von 15 bis 25 Jahren mit sich fort.

Englischer Bericht

vom 20. März: Trotz des weniger günstigen Wetters machten wir heute wieder erhebliche Fortschritte, und vierzehn weitere Dörfer wurden vom Feinde gesäubert. Unsere Truppen haben jetzt im allgemeinen die Linie Caulzy—Estrees-en-Chaussee—Nurku—Velu—St. Leger überschritten. Ein feindlicher Gegenangriffsversuch südlich von Arras wurde durch Maschinengewehrfeuer abgeschlagen.

Der Seekrieg.

Der Verlust an feindlichen Kriegsschiffen.

Mit der Vernichtung des französischen Linienschiffes der Danton-Klasse erhöhten sich die Verluste unserer Gegner an Kriegsschiffen (ausschließlich Hilfskreuzer und Hilfsschiffe) auf rund 850000 Tonnen Wasserverdrängung. Das ist soviel Kriegsschiffstonnengehalt, wie Rußland und Japan zusammen zu Beginn des Krieges besaßen, oder nur 60000 Tonnen weniger als der Tonnengehalt der Flotte der Vereinigten Staaten, der drittgrößten der Welt zu Anfang des Krieges.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Amerikas Regierung

trifft weitere Kriegsvorbereitungen. Lansing erklärte, daß nach der Versenkung dreier amerikanischer Dampfer an einem Tage für die Vermeidung eines Zusammenstoßes kaum eine Hoffnung mehr besteht. Der Marineminister in Washington übertrug den Staats-Marinewerften den Bau von 200 kleinen U-Boot-Jägern; bei Privatwerften wurde eine gleiche Anzahl bestellt.

Die außerordentliche Session des Kongresses findet am 2. April statt.

Das deutsche Kanonenboot „Tsingtau“,

das seit seiner Abrüstung bei Ausbruch des Krieges in chinesischen Gewässern lag, ist nach einer Reutermeldung aus Anlaß des Konfliktes mit China von der Wachtbesatzung in die Luft gesprengt worden.

Ernährungsfragen.

Erhöhung der Fleischanteile. — Herabsetzung der Brotration?

Vor mehreren Wochen teilte der Reichskanzler einer Abordnung mit, daß im Frühjahr eine Erhöhung der Fleischmenge eintreten würde. Einige Zeit darauf erklärte der Leiter des Kriegsernährungsamtes, daß einstweilen von einer Erhöhung der Fleischmenge abgesehen werden müsse. Nunmehr aber ist, wie die „Tägl. Rundschau“ schreibt, damit zu rechnen, daß binnen kurzem die zugeteilte Fleischmenge eine „und zwar nicht unbeträchtliche Erhöhung erfahren wird“. Dagegen sei an eine Erhöhung der zugeteilten Brotmenge vor der Hand nicht zu denken. Die in dieser Richtung schwebenden Erwägungen gelten der Frage, **ob die jetzt zugeteilte Menge in der nächsten Zeit beibehalten werden kann.**

Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß der städtischen Bevölkerung der Brotkorb höher gehängt wird. Schon das heute zugeteilte Brotquantum kann als ausreichend nicht bezeichnet werden. Deshalb müssen Mittel und Wege gefunden werden, um eine Herabsetzung des Brotquantums für die städtische Bevölkerung unter allen Umständen zu verhüten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bittschriften an den Reichstag.

Dem Reichstag ist ein sehr umfangreiches Verzeichnis der neuerdings eingegangenen Bittschriften unterbreitet worden. Diese Bittschriften berühren so ziemlich alle Gebiete. Darunter ist eine solche des Generalmajors Meyer-Wiesbaden, der um die Veranstaltung einer feierlichen Dankeskundgebung des Reichstages für das Heer bittet. Ein Herr Ernst v. Wülknitz bittet um die Ernennung des Königs von Preußen zum König von Polen, und ein Oberst a. D. Sieg in Wiesbaden bittet, Kaiser Wilhelm II. den Beinamen der „Treue“ beizulegen. Einzig dastehen dürfte aber die Bittschrift einer Frau aus dem Kreise Ueckermünde, die den Reichstag bittet, die Kriegspatenschaft für ihren [illegible] Sohn zu übernehmen.

Kleinlichkeiten!

In einer Betrachtung über die Situation, wie sie durch die Vorgänge in Rußland sich gestaltet hat, sagt der offiziöse „Berliner Lokalanzeiger“:

„Wir Deutschen haben allen Anlaß, je gewaltiger sich die Schwierigkeiten und Wirrnisse auftürmen, um so ruhiger und fester im Innern zu werden. Streitigkeiten um das Herrenhaus, um die Ernährungsfragen, um das Eisenbahnwesen, um das preußische Wahlrecht, um das Fideikommißgesetz müßten vermieden werden, denn sie sind zurzeit Kleinlichkeiten im Vergleich zu den gewaltigen welthistorischen Vorgängen, in denen wir stehen.“

Die Massen des deutschen Volkes, die daheim arbeiten und die draußen das Vaterland verteidigen, werden diesen Standpunkt ganz entschieden ablehnen. Was hier versucht wird als Kleinlichkeiten abzutun, das sind geradezu Lebensinteressen der breiten Massen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 22. März.

Die Bürgerschaft soll am Montag folgende Tagesordnung erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1917. 2. Kriegszuschlag auf die Preise für Gas und Elektrizität und Abänderung der Artikel 63 bis 66 des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917. 3. Gewährung einer Rente an die Witwe des Wagenschlossers der Lübecker Straßenbahn Friedrich Poetzsch. 4. Nachbewilligung von 6000 Mk. auf die Kosten der Ausstattung des Kulenkampkais mit Kränen. 5. Abänderung der Artikel 51 und 69 der Verfassung — Zweite Lesung. III. Eingabe des Gewerkschafts-Kartells Lübeck zu der vom Bürgerausschuß einer Kommission zur Vorprüfung überwiesenen Senatsvorlage, betreffend Errichtung eines staatlichen Arbeitsnachweises. IV. Eingabe des Gewerkschafts-Kartells Lübeck, betreffend die Lebensmittelversorgung der minderbemittelten Bevölkerung in Lübeck.

Die Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität. Wir konnten bereits gestern kurz darüber berichten, daß der Bürgerausschuß dem Vorschlage des Senates, einen sogenannten „Kriegszuschlag“ in Höhe von 20 Prozent auf die Preise für Gas und Elektrizität zu erheben, zugestimmt hat. In der Begründung der Senatsvorlage heißt es:

„Seit der Ausstellung des Voranschlages der Betriebsanstalten (Spätsommer 1916) sind Umstände eingetreten, welche die vorerst in den allgemeinen Haushaltsplan aufgenommenen Ziffern nicht mehr aufrechterhalten lassen. Zwar ist infolge der zahlreichen neuen Gasanschlüsse die Verbrauchseinnahme der Gaswerke im laufenden Jahre nicht zurückgegangen, doch muß, ganz abgesehen von der im August vorigen Jahres nicht erwarteten Verlängerung des Krieges und der stetigen Steigerung der Materialienpreise, in Betracht gezogen werden, daß die vom Reichsschatzamt vorgeschlagenen und vom Bundesrat bereits gutgeheißenen Kohlen- und Verkehrssteuern im Reichstage sicher zur Annahme gelangen. Die Betriebsbehörde hat daher auf Grund neuerer Darlegungen des Direktor Hase beantragt, auf die bisherigen Preise für Gas, Elektrizität und Wasser sowie auf die Messermieten einen Kriegszuschlag von 25 Prozent zu erheben. Der Senat kann den Ausführungen der Betriebsbehörde im allgemeinen nicht entgegentreten. Er erachtet mit ihr und der Finanzbehörde eine Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität für unvermeidlich, während er darin von den Behörden abweicht, daß er einen Zuschlag zum Wassergeld auch nach den von dem Direktor Hase gegebenen Zahlen mindestens zurzeit nicht für erforderlich hält und einen Zuschlag von 20 Prozent für Gas und Elektrizität für ausreichend ansieht.“

Nach dem Antrage des Senats würden sich die Einnahmen der Gas- und Elektrizitätswerke um 535500 Mk. vermehren, um welchen Betrag sich schätzungsweise auch die Ausgaben erhöht haben. Der Bürgerausschuß stimmte der Erhöhung der Messermiete nicht zu, wodurch sich die zu erwartende Mehreinnahmen auf 567 820 Mk. ermäßigen.

Aus der Begründung muß entnommen werden, daß die Bezeichnung als „Kriegszuschlag“, der seinem Charakter nach eine vorübergehende Erhöhung wäre, eigentlich nicht richtig ist, denn die Kohlen- und Verkehrssteuern des Reiches, die dafür ins Feld geführt werden, sind dauernde Maßnahmen und dieser „Kriegszuschlag“ wird ebenfalls ein dauernder sein, nur, daß er vielleicht noch erhöht wird. Zugleich kann man aber auch erkennen, wie gerade diese neuen Reichssteuern die breiten Schichten des Volkes schwer bedrücken werden. Nicht nur die Tatsache, daß die Kohlenbarone die Steuern restlos auf die Allgemeinheit abwälzen, kann konstatiert werden, sondern die Gewerbetreibenden und Industriellen, die Kohlen, Gas und Elektrizität für ihre Betriebe verwenden, werden ihre Erzeugnisse entsprechend — erfahrungsgemäß aber etwas mehr — verteuern. Und die Nur-Verbraucher haben dann für alles aufzukommen. Fürwahr: Nette Aussichten!

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Monat Februar 1917. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): es betrug die Zahl der Eheschließungen 25 (47), darunter Kriegseheschließungen 11 (20) Geburten 106 (128), Sterbefälle 189 (157). Die Eheschließungen nahmen gegen das Vorjahr um 22 und die Geburten ebenfalls um 22 ab, die Sterbefälle dagegen um 32 zu. Es ergab sich also ein Verlust von 88 (29) Köpfen. Unter den Geborenen waren 19 oder 11,3 Proz. (18 oder 10,2 Proz.) unehelich und 2 oder 1,9 Proz. (6 oder 4,7 Proz.) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 10 (20) Fällen auf unter 1 Jahr und in 65 (38) Fällen auf über 70 Jahre; die große Sterblichkeit der alten Leute, die im Oktober 1916 einsetzte, hält also immer noch an. Todesursache war in 36 Fällen Lungenentzündung, Influenza und Krankheiten der Atmungsorgane und in ebenso vielen Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 21 Fällen Tuberkulose und in 17 Fällen Altersschwäche. Ansteckenden Krankheiten erlagen 8 Personen, davon starben 5 an Diphtherie und je 1 an Scharlach, Masern und Pocken. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 122 gemeldet, 97mal Diphtherie (darunter 16 Soldaten), 14mal Masern, 7mal Pocken (darunter 1 Soldat) und 4mal Scharlach (darunter 1 Soldat). Gewaltsamen Todes endeten 12 Personen und zwar 4 durch Selbstmord, 1 durch Totschlag und 7 durch Verunglückung. Unter den Gestorbenen waren 10 Kriegsteilnehmer und 5 Kriegsgefangene, davon starben 2 an Wundinfektionskrankheit, 2 an Tuberkulose, 2 an Lungenentzündung, 1 an Krankheiten der Kreislauforgane, 1 an Gehirnschlag, 4 an Gehirnschwulst und Gehirnhautentzündung, 1 an Krebs, 1 an Zuckerkrankheit und 1 infolge Verunglückung.

Kriegswichtige Betriebe und Meldepflicht. Von der Hilfsdienst-Meldestelle wird uns geschrieben: Seit dem Erscheinen der Aufforderung zur Anmeldung zum vaterländischen Hilfsdienst werden das Kriegsamt, die Kriegsamtsstellen und die Hilfsdienstmeldestellen mit Eingaben einzelner Personen oder Betriebe oder ganzer Betriebsgruppen überflutet, in denen nachgewiesen werden soll, daß die betreffenden Betriebe kriegswichtig seien und die in ihnen beschäftigten Personen daher von der Meldepflicht ausgenommen oder doch von ihr auszunehmen seien. Offenbar liegt hier ein Mißverständnis über die Tragweite der in dieser Aufforderung enthaltenen Aufzählung solcher Personen zugrunde, die von der Anmeldung zum vaterländischen Hilfsdienst ohne weiteres befreit sind. Die Bedeutung der in dem Aufruf enthaltenen Aufzählung beschränkt sich lediglich auf die Registrierung und die ihr dienende Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen. **Keineswegs aber will und soll sie abschließend den Kreis derjenigen Tätigkeiten begrenzen, die als vaterländischer Hilfsdienst im Sinne des Gesetzes zu betrachten sind.** Die Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen hat den Zweck, die Heranziehung zum Hilfsdienst vorzubereiten. Sie braucht daher Personen nicht zu erfassen, die bereits im Hilfsdienst tätig sind. Im Interesse der Verminderung des Schreibwerks und der der Registrierungsbehörde zufallenden Arbeitslast war es daher zweckmäßig, gewisse Kategorien von Personen von der Meldepflicht auszunehmen, deren Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst — ganz unabhängig von örtlichen Verhältnissen — außer allem Zweifel steht. Diese betreffenden Tätigkeiten sind in dem Aufruf unter Ziffer 1—10 aufgezählt. Alle Hilfsdienstpflichtigen, die in den in dem Aufruf unter Ziffer 1—10 aufgezählten Betrieben beschäftigt sind, sind demnach in die Listen nicht aufzunehmen und von der Meldepflicht befreit. Aber auch nur sie. **Alle andern nach dem 30. Juni 1857 und vor dem 1. Januar 1870 geborenen, nicht mehr landsturmpflichtigen Deutschen sind meldepflichtig.** Daraus aber, daß eine Tätigkeit, nicht allgemein von der Meldepflicht ausgenommen ist, folgt keineswegs, daß sie nicht kriegswichtig sei, oder mit anderen Worten, daß die in ihr Beschäftigten nicht als im vaterländischen Hilfsdienst stehend zu gelten hätten. Es gibt zweifellos Betriebe verschiedenster Art, die kriegswichtig sind und doch in diese Aufzählung nicht aufgenommen sind (z. B. Presse, Speditionsbetriebe, Banken, Rechtsanwälte u. a.). Die Entscheidung, ob eine hilfsdienstpflichtige Person bereits im Hilfsdienst tätig ist, steht nach wie vor allein dem Feststellungsausschuß zu. Sie hängt auch nicht allein davon ab, ob der Betrieb an und für sich kriegswichtig im Sinne des Gesetzes ist, sondern auch von der weiteren Feststellung, ob die Zahl der in ihm beschäftigten Personen nicht das Bedürfnis übersteigt. Nicht richtig wäre es nun, wenn die Betriebe, die im Zweifel sind, ob sie unter die kriegswichtigen zu rechnen sind oder nicht, schon jetzt Anträge an den Feststellungsausschuß auf Feststellung ihrer Kriegswichtigkeit richten. Denn diese Entscheidung des Feststellungsausschusses wird immer nur für den Augenblick Gültigkeit haben, da es sich mit der Zeit ändert, ob ein Betrieb kriegswichtig ist oder nicht. Heute kann ein Betrieb sehr wohl für kriegswichtig erachtet werden, weil er Heeres lieferungen hat oder sonstwie im Interesse der Kriegswirtschaft arbeitet, während er morgen keine Lieferungen für das Heer mehr hat oder aus anderen Gründen für den Staat kein Interesse mehr besteht, daß dieser Betrieb noch überhaupt oder doch in diesem Umfange weiter arbeitet. Deshalb kann nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden, schon jetzt oder vor Eingang der persönlichen Aufforderung an einen Angestellten zum Suchen einer Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst die Entscheidung des Feststellungsausschusses über die Frage der Kriegswichtigkeit des Betriebes anzurufen.

Wo Nahrungsmittel vorhanden sind. Auch viele der im Felde befindlichen Familienväter beschäftigen sich oft mit den Ernährungsschwierigkeiten in der Heimat. Dabei verfehlen sie nicht, über die von ihnen selbst gemachten Beobachtungen nachzudenken und ihre Meinung darüber nach Hause zu berichten. Vor uns liegt der Feldpostbrief eines Lübecker Parteigenossen, der schon lange seine Pflicht an der Front erfüllt, an einen hiesigen Kollegen. Darin heißt es u. a.:

... Daß in dieser Zeit noch einzelne im Überfluß leben können, ist mir, ja uns allen hier unbegreiflich. Es muß an irgend etwas liegen, daß an gewissen Stellen nicht gründlicher vorgegangen wird, denn wie es mit der „Fettknappheit“ in einigen Gegenden Deutschlands noch bestellt sein muß, davon kann ich dir ein kleines Bild entrollen. Unsere Kolonne liegt ca. 1½ Stunden hinter unserem Infanteriegraben in einem Dorfe. Ich liege mit noch 7 Mann in einem Pansehaus. Unter uns ist ein Kamerad, ein Bauer aus Wangerin in Pommern, der im Laufe der letzten vierzehn Tage nachfolgende Lebensmittel von seiner Frau zugeschickt bekam und der in den nächsten Tagen noch mehr erwartet, da seine Frau ein Schwein von ca. 4 Zentnern dieser Tage [illegible] schlachten lassen: ein 10-Pfd.-Paket mit Schmalz, Butter, Speck und Wurst, dann [illegible] ein Feldpostpaketchen mit Butter, Schmalz, fertig gebratener Kartoffelwurst, Schweinegrieben und Kuchen, hierauf gestern wieder ein 10-Pfd.-Paket mit Schmalz, 4 Würsten, Kuchen und Brot. Ist das nicht unerhört? — Wir andern 7 Mann, die wir nichts von Hause zu erwarten haben, müssen dies alles in Geduld mit ansehen.

Wenn es nun noch ein Kamerad wäre, wie er sein müßte, so würde unter uns darüber kein so großer Unwillen herrschen — aber am jedesmaligen Empfangstag (jeden 2. Tag) den betr. Empfang (Marmelade, Schmalzersatz, Leberwurst in Büchsen usw., je nachdem, was es gerade gibt) beansprucht er obendrein noch voll und ganz für sich und noch immer langt er nach dem größten Stück, trotzdem seine große Kiste bis oben voll gespickt ist und trotzdem er sieht, wie wir so manche Scheibe trocken Brot hinunterwürgen müssen. Es fällt ihm nicht mal ein, auf die Marmelade, die uns allen doch schon so sehr über ist, zugunsten seiner Stubengenossen zu verzichten. In jedem Quartier ist ein großes „Merkblatt für die Soldaten“ angeschlagen, das also lautet: „Denke immer daran, daß in der Heimat bei den Deinen die Lebensmittel knapp sind! — Laß Dir deshalb nichts von Hause schicken! Was Dir ins Feld geschickt wird, müssen die Deinen daheim entbehren! — Begnüge Dich mit der, was Dir geliefert wird und vergeude nichts! Was gespart wird, erhalten die Deinen zu Haus!“ — Ja, lieber Hannes, was haben nun diese Zeilen für einen Zweck, wenn trotzdem einige in Fett schwimmen? Wozu das Verbot, daß keine Fettigkeiten ins Feld geschickt werden sollen, damit die zu Hause nicht noch mehr Kohldampf schieben müssen?

Beizung des Saatgutes mit Formaldehyd. Der Kupfermangel zwingt in diesem Jahre den Landwirt, wieder an Stelle der meist üblichen Beizung mit Kupfersulfat (Blaustein) die Formaldehydbeizung treten zu lassen. Man stellt sich die 0,1 prozentige Lösung her, indem man ein viertel Liter der käuflichen 40prozentigen Lösung von Formaldehyd in 100 Liter Wasser gießt und gut umrührt. Mehr wie ½ Liter Formaldehyd auf 100 Liter Wasser darf man keinesfalls verwenden, da sonst die Keimfähigkeit des Getreides leidet. Man schüttet dann das Getreide in den Bottich, der mit der Flüssigkeit gefüllt ist hinein, so daß die Körner allseitig gut angefeuchtet werden. Nach einer halben Stunde gießt man die Flüssigkeit ab. Man kann auch das Getreide in einen mit Sackleinen ausgekleideten Weidenkorb tun und diesen mit den Körnern in die Beizflüssigkeit eintauchen. Durch mehrfaches Auf- und Niedertauchen entfernt man die zwischen den Körnern befindliche Luft. Nach der Beizung wird das Saatgut durch Ausbreiten getrocknet. Die Beizflüssigkeit kann wieder verwendet werden. Etwaige Anfragen sind zu richten an die staatliche Pflanzenschutzstelle in Lübeck (Museum am Dom), die jederzeit in allen Fragen der Schädigungsbekämpfung gern Auskunft gibt.

Dörren von Zwiebeln in Privathaushaltungen. Die bei der Bereitung der Speisen so mannigfaltige Verwendung findenden Zwiebeln beginnen sehr bald zu keimen, werden weich und dadurch minderwertig oder gehen in Fäulnis über und sind dann für die menschliche Ernährung vollständig verloren. Durch das Dörren der Zwiebel kann dieselbe für unbegrenzte Zeit brauchbar erhalten werden, sie leidet dadurch weder im Geruch und Geschmack, noch ihrer Verwendbarkeit überhaupt. Jede Haushaltung kann Zwiebeln ohne Schwierigkeiten selbst dörren. Die gesäuberten Zwiebeln werden nach dem Entfernen der Schale in dünne, etwa 2 Millimeter dicke Scheiben zerschnitten, auf einer Papier- oder anderen sauberen Unterlage ausgebreitet auf den Herd, die Heizkörper, Heizkessel, die Wärmflächen der Oefen oder in Back- und Bratöfen gelegt, deren Türen nicht ganz geschlossen werden dürfen. Je nach der verfügbaren Wärme währt das Trocknen etwa 12 Stunden. Geschieht die Trocknung zu schnell oder bei zu großer Hitze, tritt eine Bräunung der Zwiebelscheiben ein. Bei den angestellten Versuchen haben 500 Gr. gesäuberte Zwiebeln durchschnittlich 60 Gr. gleich 12 Proz. schöne, trockene Scheiben ergeben, die in ihrer Verwendbarkeit in keiner Weise frischen Zwiebelscheiben nachstehen. Auch selbst gefrorene Zwiebeln — soweit diese vor dem Verfrieren gesund waren — lassen sich durch Trocknen vor dem Verderben schützen und der menschlichen Ernährung einwandfrei nutzbar erhalten. Die Aufbewahrung getrockneter Zwiebeln kann unbeschadet der Haltbarkeit und Eigenschaften in Papierbeuteln oder abschließenden Gefäßen jeder Art geschehen. Jeder Haushaltung ist das Trocknen der Zwiebeln für den eigenen Bedarf in möglichst weiten Umfange dringend zu empfehlen.

Die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes behandelt Rat Dr. Link heute abend 8½ Uhr abermals in einem Vortrage, den er im Marmorsaal des Stadttheaters hält. Wir weisen nochmals darauf hin.

Öffentliche Impfungen im Jahre 1917. Es wird darauf hingewiesen, daß die öffentlichen Impfungen in diesem Jahre in der Zeit von März bis Mai stattfinden. Auf die diesbezüglichen Bekanntmachungen an den Anschlagsäulen und in den Gitterkästen wird verwiesen.

6 Grad Kälte waren in der ersten Frühlingsnacht zu verzeichnen. Dabei können Frühlingsgefühle schwer aufkommen.

Kriegsanleihezeichnung. Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte zeichnete wiederum wie auf die 5. Anleihe 5 Millionen Mark, insgesamt bis jetzt 45 Millionen Mark.

Die Zentrale vom Roten Kreuz bittet uns, darauf aufmerksam zu machen, daß von den der Sammlung „Kriegsspende des Roten Kreuzes für die Monate 1916 bis März 1917 bewilligten monatlichen Beiträgen eine Anzahl für den Monat März, einige auch für frühere Monate, noch nicht eingegangen sind und bittet, die noch ausstehenden Beträge bis zum 26. März ds. Js. dem Konto „Rotes Kreuz, Kriegsspende“ bei der von dem Geber gewählten Bank zu überweisen, damit die Abrechnung über diesen Teil der Sammlung abgeschlossen werden kann. (Siehe Anzeigenteil.)

pb. **Verhaftet** wurde ein in der Hüxstraße wohnhafter Monteur, der sich von Lehrlingen eines Installationsgeschäftes in der Mühlenstraße Materialien stehlen ließ und diese in seinem eigenen Betriebe verwendete. Aber nicht allein der Hehlerei hat sich der Festgenommene schuldig gemacht, sondern auch des Diebstahls, denn er hat auf zwei Stellen, wo er arbeitete, nämlich aus einem Industriebetriebe in Schlutup und aus einer Dampfmühle in der Alsheide mehrere Treibriemen von den Maschinen gestohlen und diese verkauft.

Itzehoe. Vom Zuge überfahren. Auf der Eisenbahnstrecke Itzehoe—Krempe wurde der Hofbesitzer Engelbrecht, der einen Schweinetransport führte, gestern früh von einem Personenzug erfaßt und tödlich verletzt. Sein Wagen ist zertrümmert, die Pferde sind tot, ebenso eine Anzahl Schweine. Die Bahnschranke war nicht geschlossen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Lens und Arras kam es nach lebhaftem Artilleriefeuer zu Gefechten von Erkundungstrupps.

Im Landstrich beiderseits der Somme und Oise verliefen Zusammenstöße vorgeschobener Abteilungen für uns günstig. Bei Chivres und Missy, auf dem Norduser der Aisne, sind französische Abteilungen zurückgeworfen worden.

Auf dem linken Maasufer wurde durch Feuer in die feindlichen Gräben ein sich vorbereitender Angriff niedergehalten.

Durch Vorstöße in die französischen Linien am Aisne-Marne-Kanal, nordöstlich von Verdun, bei St. Mihiel und am Westrande der Vogesen, bei Plaine, brachten unsere Sturmtrupps 40 Gefangene zurück.

3 feindliche Flugzeuge sind abgeschossen worden.

Das vom Prinzen Friedrich Karl von Preußen geführte Flugzeug ist von dem Fluge über die feindliche Linie zwischen Arras und Peronne nicht zurückgekehrt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sa Beresina, östlich von Lida, drangen unsere Sturmtrupps in 4 Kilometer Breite in die vorderen russischen Gräben bis zur zweiten Stellung durch, zerstörten nachts die Verteidigungsanlagen und kehrten mit 225 Gefangenen, 2 Revolverkanonen, 6 Maschinengewehren und 14 Minenwerfern zurück.

An der Front des Generalobersten Erzherzog Josef und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen lebte die Gefechtstätigkeit auf.

Mazedonische Front.

Die von unseren Truppen am 20. März gewonnenen Höhen nördlich von Monastir waren gestern das Ziel starker französischer Angriffe, die sämtlich fehlschlugen. Gleichen Mißerfolg hatte ein schwächerer Vorstoß in der See-Enge.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Hilfskreuzer „Möve“ zurückgekehrt.

WTB. Berlin, 22. März. (Amtlich.) S. M. Kreuzer „Möve“, Kommandant Burggraf und Graf zu Dohna-Schlodien, ist von seiner zweiten, mehrmonatigen Kreuzfahrt im Atlantischen Ozean nach einem heimischen Kriegshafen zurückgekehrt.

Das Schiff hat 22 Dampfer und 5 Segler mit 123 000 Brutto-Register-Tonnen (darunter 21 feindliche Dampfer, von denen 8 bewaffnet waren und 5 im Dienste der englischen Admiralität fuhren, und 4 feindliche Segler) aufgebracht. S. M. Hilfskreuzer „Möve“ hat 593 Gefangene mitgebracht.

Literarisches.

Eltern, deren Kinder jetzt die Schule verlassen und in einen Beruf eintreten, empfehlen wir die kleine Schrift von Dr. J. Zadek: **„Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf“.** Es gibt kaum eine zweite Frage, die so tief in das Leben des Arbeiters einschneidet, wie die Frage der Berufswahl. Die Lebenshaltung, innere Befriedigung, die Möglichkeit der Gründung und Erhaltung einer Familie, alles hängt von der richtigen Wahl des Berufes ab. Dazu kommt aber auch die körperliche Eignung, die heute leider nur eine untergeordnete Beachtung findet. Alle diese Fragen sind in dem kleinen Heft behandelt, das in allen Parteibuchhandlungen für 20 Pfg. zu haben ist oder gegen Einsendung von 25 Pfg. von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, bezogen werden kann.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Freiwillige Meldung Hilfsdienstpflichtiger für den Dienst in der freiwilligen Krankenpflege.

1. Die freiwillige Krankenpflege umfaßt die Unterstützung des staatlichen Kriegssanitätsdienstes in der eigentlichen Krankenpflege, in der Krankenbeförderung und bei der Depotverwaltung. An der Spitze stehen der Kaiserliche Kommissar und Militär-Inspekteur sowie der stellv. Militär-Inspekteur der freiwilligen Krankenpflege.

Die freiwillige Krankenpflege wird dem Heeressanitätsdienst eingefügt und von den Militärbehörden verwendet.

2. Meldungen Hilfsdienstpflichtiger, die nicht wehrpflichtig sind, müssen an die Territorialdelegierten der freiwilligen Krankenpflege gerichtet werden.

Territorialdelegierte sind:

Im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin:
Sr. Exzellenz Graf von B[illegible]ssewitz-Levetzow, Staatsminister a. D.
(außerdem Meldestelle Mecklenburgischer Landesverein vom Roten Kreuz, Schwerin, Gustavstr. 2);

im Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz:
Großherzogl. Staatsminister Bossart;

in der freien und Hansestadt Hamburg:
Herr M. Schinckel, Adolfstr. 10;

in der freien und Hansestadt Bremen:
Herr Senator Hildebrand;

in der freien und Hansestadt Lübeck einschließlich des Fürstentums Lübeck:
Herr Senator Kulenkamp;

in den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover:
die Oberpräsidenten.

In den Meldungen, welche genaue Angabe der Personalien enthalten müssen, ist anzugeben, ob Hilfsdienstpflichtige bereit sind

a) für den Etappendienst,
b) für den Heimatdienst oder
c) für den Etappen- und Heimatdienst und
d) für welche Zeit.

Verpflichtung auf Kriegsdauer erwünscht: Meldungen für weniger als 6monatige Dauer bleiben unberücksichtigt.

3. Tätigkeit Hilfsdienstpflichtiger in der freiwilligen Krankenpflege kann nur durch Eingliederung in diese Organisation, nach vorangegangener ärztlicher Untersuchung, ermöglicht werden.

Schlecht beleumdete Personen haben keine Aussicht auf Annahme: Beibringung von Leumundszeugnissen bei der Meldung wird empfohlen.

4. Die in land- und volkswirtschaftlichen sowie in Kriegswirtschaftsbetrieben bereits tätigen Hilfsdienstpflichtigen können nicht angenommen werden. Es kommen in Frage:

Pfleger, Träger, Schreiber, Kaufleute, Köche und solche Personen, die sich, soweit erforderlich, für einen dieser Zweige für die freiwillige Krankenpflege ausbilden lassen wollen; Kosten entstehen diesen Personen dadurch nicht.

5. Gebührnisse:

A. In der Etappe.

Die nach der Dienstvorschrift für die freiwillige Krankenpflege zuständige Löhnung, die etwa derjenigen der verschiedenen Dienstgrade des Unteroffizier- und Mannschaftsstandes entspricht; außerdem freie Bekleidung und Ausrüstung, freie Beköstigung und Unterkunft oder die Geldvergütung für diese nach den bestehenden Bestimmungen, freie ärztliche Behandlung, Kur- und Heilmittel, freie Wäschereinigung, Versorgung nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz, Marschgebührnisse bei der Einberufung und Entlassung, Familienunterstützung, freie Eisenbahnfahrt bei gewöhnlichen Urlaubsreisen unter Vorbezug der Gebührnisse, Schulgeldbeihilfen.

Die scheinbar geringe Löhnung eines Krankenpflegers erfährt durch die vorangegebenen weiteren Gebührnisse eine sehr wesentliche Erhöhung, so daß das Gesamteinkommen, wenn überhaupt, so doch nur unwesentlich unter dem der übrigen Hilfsdienstpflichtigen zurücksteht.

B. In der Heimat.

Annähernd die gleichen Gebührnisse, wie in der Etappe, mit Ausnahme der Versorgung auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes und der Marschgebührnisse sowie der Schulgeldbeihilfen.

6. Beförderungsmöglichkeit vorhanden.

7. Hilfsdienstpflichtige, die sich während der Ausbildung als ungeeignet erweisen, werden baldigst entlassen.

Bei Ueberweisung zur Beschäftigung oder Ausbildung in der Heimat wird auf Lebensalter, Familienverhältnisse, Wohnort usw. nach Möglichkeit Rücksicht genommen.

8. Die Meldung der Hilfsdienstpflichtigen zieht zunächst nicht ohne weiteres Annahme und Eingliederung in die freiwillige Krankenpflege nach sich. **Als angenommen gilt eine Person erst dann, wenn ihr der Territorialdelegierte eine Einberufungsmitteilung hat zugehen lassen.**

9. Die Ausbildung kann in etwa 4–6 Wochen beginnen, so daß dem einzelnen genügend Zeit zur Regelung seiner häuslichen Verhältnisse bleibt. 84[illegible]

20. März 1917.

Kriegsamtstelle A[illegible]ona.

---

11. Nachtrag

zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916 betreffend die Abgabe und den Verkauf von Kartoffeln.

Der Ausschuß für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I.

Die Unterabschnitte 1 bis 5 des Abschnittes 19 der Kartoffelkarte berechtigen vom 23. März d. J. an zum Bezuge von [illegible] Pfund Kartoffeln. Bezüglich der übrigen Unterabschnitte wird Näheres noch bekannt gegeben werden.

II.

Die Unterabschnitte 1 bis 8 des Abschnittes 19 der Zusatzkartoffelkarte berechtigen vom 23. März d. J. an zum Bezuge von je ½ Pfund Kartoffeln. Bezüglich der übrigen Unterabschnitte wird Näheres noch bekannt gegeben werden.

III.

Inhaber von Kartoffelkarten [illegible] erhalten in der Geschäftsstelle der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I., besondere [illegible] über die ihnen zur Verfügung zu stellenden Kartoffelmengen. Auf die Bezugsscheine selbst dürfen vorläufig Kartoffeln weder entnommen noch abgegeben werden.

IV.

Die Verbraucher dürfen die ihnen zustehenden Kartoffeln nur von dem Händler beziehen, in dessen Kundenliste sie eingetragen sind.

V.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über die Kartoffelversorgung vom [illegible] Juni d. J. mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500.— Mk. bestraft. Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Lübeck, den 22. März 1917. 8068

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

U-Bootspende.

In dem gewaltigen Völkerringen unserer Tage hat ein neuer Abschnitt durch die Tätigkeit unserer U-Boote begonnen. Das ganze deutsche Volk steht mit tiefem Ernst und äußerster Entschlossenheit einmütig hinter den Männern, die diese scharfe Waffe mit staunenswertem Erfolge gegen den Feind führen.

Um diesen Helden eine Gabe des gesamten deutschen Volkes darzubringen, ist auf Anregung aus der Mitte des Reichstags in Berlin unter dem Vorsitze des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf ein Ausschuß zur

Sammlung einer U-Bootspende

gegründet worden, dessen Ehrenpräsidium der Reichskanzler und der Generalfeldmarschall von Hindenburg übernommen haben.

Auch für Lübeck hat sich ein Landesausschuß gebildet, mit dem der hier schon bestehende Ausschuß zur Sammlung von Liebesgaben für die Flotte unter Ueberweisung des bisherigen Ergebnisses seiner Sammlung für die U-Boote sich vereinigt hat.

Nunmehr gilt es in Einhelligkeit den U-Boothelden den Dank Lübecks abzustatten.

Lübecker und Lübeckerinnen, ohne Unterschied der Stände und Parteien, legt Euere Gabe für die U-Boot-Besatzungen und für andere Marineangehörige, die ähnlichen Gefahren ausgesetzt sind, opferwillig nieder!

Beiträge nehmen die Unterzeichneten, die Expeditionen der hiesigen Zeitungen und alle Bankstellen entgegen.

Der Lübeckische Landesausschuß für die U-Bootspende.

Bürgermeister **Dr. Fehling.**

Senator **Dr. Eschenburg.** Vizeadmiral z. D. **Kühne.** Senior **Becker.** Frau Senior **Becker.** Erster Staatsanwalt **Dr. Benda.** Stadtkassenverwalter **Bruns.** Rabbiner **Dr. Carlebach.** Druckereibesitzer **W. Dahms.** Frau Direktor **Diestel.** Präses **Dimpker.** Wortführer des Bürgerausschusses. Vizeadmiral z. D. **Ehrlich.** Frau Vizeadmiral z. D. **Ehrlich.** Senator **H. Eschenburg.** Frau Senator **Dr. Eschenburg.** Hauptpastor **Evers.** Frau Bürgermeister **Fehling.** Schlachtermeister **Johs. Fust.** Regierungsrat **Dr. Geise.** Zimmermeister **Glasau.** Rechtsanwalt **Dr. Görtz,** Wortführer der Bürgerschaft. Buchhalter **J. Green.** Buchdruckereibesitzer **J. Heise.** Postsekretär **Imholz-Schlutup.** Vizeadmiral z. D. **Kindt.** Gerichtssekretär **Köster.** **F. G. Lauenstein.** Lotsenkommandeur **Lindenberg-Travemünde.** Kaiserl. Bankdirektor **Maeder.** Bankdirektor **Martens.** Senator **Dr. Neumann.** Generaldirektor **Dr. Neumark.** Frau Landgerichtspräsident **Dr. Oemler.** Frau **Dr. Paeprer-Travemünde.** Kaufmann **A. Pape.** Rechtsanwalt **Dr. Plessing.** Senator **Possehl.** Frau Senator **Possehl.** Senator **Rabe.** Bankdirektor **Rehder.** Hauptlehrer **Reimpell.** **A. Rey.** Kommerzienrat **E. Scharff.** Direktor Professor **Dr. Schulze.** Zollsekretär **Schümann.** Gerichtssekretär **Schwelm.** Pastor **Stahlschmidt.** Frl. **A. von Steinmann.** Frau Senator **Dr. Stooß.** Frau **A. Tegtmeyer.** **Heinr. Thiel.** Kaufmann **Herm. Tiele.** Senator **Dr. Vermehren.** Privatmann **W. Vermehren.** Buchdruckereibesitzer **Otto Waelde.** **G. Warncke.** **Hans Westpfehling.** Rechtsanwalt **Weyrowitz.** (8039

[illegible]ihre Kriegstrauung geben hierdurch bekannt: (8042

Max Nilßon
Marie Nilßon
geb. **Eckmann.**

Lübeck, den 21. März 1917.

Am Mittwochmorgen entschlief nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, meiner Kinder guter Vater

Johann Möller

im 69. Lebensjahre. Tief betrauert von mir, meinen Kindern, sowie allen Angehörigen. 8047

Frau Möller Ww.
geb. Wend.

Kl. Petersgrube 8.

Die Trauerfeier beginnt am Montag 2¾ Uhr in der Kapelle d. Vorwerker Friedhofs.

[illegible] zum 1. Juli (805[illegible]

2-Zimmer-Wohnung m. Gas

[illegible] bis 240 Mk. von ein [illegible] mit erwachsenen Kindern. [illegible] mit **G B** an die Exped.

Zu verk. **Sflam. Petro.gas-maschine u. 2 Stehlampen,** zus. 3 Mk. Wakenitzmauer 148, I. [illegible] bei der Glockengießerstr.

[illegible] Grauer schwarzer französ. Widder [illegible] Dornstr. 33, II. [illegible] von 2 Uhr an (8046

Von den der Sammlung „Kriegsspende des Roten Kreuzes" für die Monate Oktober 1916 bis März 1917 bewilligten monatlichen Beiträgen ist eine Anzahl für den Monat März [illegible] und für frühere Monate noch nicht eingegangen. Die Zentrale vom Roten Kreuz bittet freundlichst, die noch ausstehenden Beträge bis zum 25. März d. J. dem Konto „Rotes Kreuz, Kriegsspende" bei der von dem Geber gewählten Bank zu überweisen, damit die Abrechnung über diesen Teil der Sammlung abgeschlossen werden kann. (8086

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Brotverkauf.

Wir teilen hierdurch mit, dass wir, vielfach an uns herangebrachten Wünschen entsprechend, die Verkaufszeit für den Brotverkauf an den Sonntagen auf

Sonntags vormittags von 8 bis 9 Uhr

verlegen. Von 11—1 Uhr sind die Abgabestellen an den Sonntagen geschlossen.

8037 Der Vorstand.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8083

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Bei Erhöhung der Preise und des Flaschenpfandes schließt sich der Vereinigung der Mineralwasserfabrikanten an

8068 **F. Höppner, Altstraße 11.**

Bilderleisten einrahmungen 8084

Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Paul Bienindt
Friseur (8045
Rosengarten 5
zurzeit auf Urlaub.

Visitenkarten
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Der Friede und die Internationale

Von Hugo Poetzsch.

Preis 10 Pfg.

Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Stadttheater. 8140

Donnerstag, den 22. März 1917

Wie es euch gefällt

Lustspiel von W. Shakespeare. Musik von H. H. Wetzler.

Freitag, den 23. März 1917

Der Troubadour.

Oper von G. Verdi.

Sonnabend, den 24. März 1917

Zum ersten Male:

Liebe.

Eine Tragödie v. A. Wildgans. Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr.

Sonntag, den 25. März 1917

Nachmittags 3 Uhr: Jeder Platz 50 Pfg.

Großstadtluft.

Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend abend von 8 bis 9 Uhr an der Theaterkasse.

HANSA-THEATER.

Sonntag, den 25. März, nachmittags 3½ Uhr:

Extra-Vorstellung zu ermäßigten Preisen

Da kam der Hindenburg. 8085

Vaterländ. Schauspiel in 4 Akten von **Thalhammer u. J. Koenig.**

Zu dieser Vorstellung haben auch Jugendliche unter 16 Jahren Zutritt.

Nr. 69
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 22. März 1917

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. März 1917.
88. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich.
Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt. Hierzu ist von den Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) eine Resolution beantragt, die auf dem Verordnungswege die Arbeitszeit in den Bureaus der Rechtsanwälte, Notare usw. um 6 Uhr abends beendigen und acht Stunden täglich nicht überschreiten lassen will. Für offene Verkaufsstellen soll der 7-Uhr-Ladenschluß angeordnet werden. Ferner sollen schleunigst neue für das ganze Reich gültige Arbeiterschutzvorschriften, bessere Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden. Weiter wird der Reichskanzler ersucht, die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik erheblich zu vermehren und für sozialstatistische Feststellungen und sonstige für die Verbesserung des Arbeiterschutzes im Kriege dringend notwendige Arbeiten heranzuziehen. Schließlich wird noch eine Verordnung mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 verlangt, durch die als Kriegsmaßnahme die auf Grund der Gesetze über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gezahlten Renten um 50 Proz. erhöht werden, und die Unfallrenten nach einem Jahresarbeitsverdienst umgerechnet werden, der sich nach den am 31. Dezember 1916 geltenden Ortslohnsätzen ergibt, auch wird noch gewünscht, zu den Unfallrenten einen Zuschlag zu bezahlen.

Ein Antrag Bernstein und Genossen (Soz. A.) verlangt schleunige Aufhebung des Gesetzes vom 4. August 1914, durch das die Möglichkeit der Außerkraftsetzung der Arbeiterschutzvorschriften für Arbeiterinnen und jugendliche Personen gegeben ist. Ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Unterstützung der Kriegerfamilien, wonach die Gemeinden zu Zuschlägen in Höhe von mindestens 50 Proz. verpflichtet werden, wonach ferner den Gemeinden die Rückzahlung der bis zum 1. Oktober 1916 geleisteten Unterstützungen bis spätestens zum 1. Juli 1917 zugesichert wird, und wonach schließlich noch die Entziehung der Unterstützung für den Fall, daß der Kriegsteilnehmer zu Gefängnisstrafe von mehr als 6 Monaten verurteilt wird, beseitigt wird.

Abg. Mumm (D. F.) spricht sich für eine großzügige Wohnungspolitik aus. Grund und Boden darf keine Handelsware sein. Die Fahrkartensteuer wirkt einer guten Wohnungspolitik entgegen. Zur Wohnungspolitik gehört auch Siedlungspolitik. Besonders bewährt haben sich die Arbeitersekretäre. Dabei haben sich die großen Arbeiterorganisationen besser bewährt als die sogenannten gelben. Der sozialdemokratische Antrag, die Invalidenrenten um 50 Proz. zu erhöhen, ist ohne Schädigung der Anstalten nicht durchzuführen, man müßte den Anstalten sonst auch neue Einnahmen zuführen. Der Mittelstand wird sich hoffentlich merken, daß der Abg. Hoch gestern ihn als überflüssigen Luxus hinstellte. Vor allem ist nach dem Kriege eine erheblich erweiterte Sonntagsruhe notwendig. Es ist bedauerlich, daß der Krieg die Vorlage des Lichtspielgesetzes verzögert hat. Die Herabsetzung der Viehpreise hat die westdeutschen kleinbäuerlichen Wirtschaften schwer getroffen.

Abg. Büchner (Soz. A.): In das hohe Lied unserer Sozialpolitik kann ich nicht einstimmen. Auf diesem Gebiet ist in Deutschland noch viel zu wünschen. Meine Freunde meinen, die Sozialpolitik dürfe auch während des Krieges nicht vernachlässigt werden. Leider geschieht das zugunsten der kapitalistischen Interessen. Zwischen Kapital und Arbeit besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz. Deshalb müssen wir aber umsomehr versuchen, das Staatsschiff im Interesse der Millionen von Arbeitern vorwärtszutreiben. An die Arbeiter werden im Kriege ganz ungeheure Anforderungen gestellt, während die Arbeitgeber die beste Gelegenheit zur Ausnutzung der Arbeitskräfte haben. Selbst in den Staatsbetrieben herrscht eine ganz ungeheuerliche Arbeitszeit auch für Frauen, deren Zahl in den Betrieben ganz ungemein zunimmt. Auch im Hinblick auf das Bevölkerungsproblem sollte die Regierung energische Maßnahmen gegen die schrankenlose Ausbeutung der Frauen und Jugendlichen ergreifen. Die Gewerbeaufsicht ist so gut wie ganz aufgehoben. Wenn es an Beamten fehlt, so sollte man Hilfskräfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen hinzuziehen nach dem Vorbilde des bekannten badischen Gewerbeinspektors Dr. Wörrishofer. Die Zunahme der Unfälle hat einen Runderlaß des Reichsversicherungsamts zur Folge gehabt, wonach Frauen, Jugendliche und Kriegsinvaliden nur an weniger gefährlichen Maschinen beschäftigt werden sollen. Aber darüber fehlt jede Kontrolle. Die Gewerbeaufsicht muß jetzt erst recht ihr Hauptaugenmerk auf die Vermeidung von Betriebsunfällen richten. Zumal jetzt, wo das Hilfsdienstgesetz in Kraft gesetzt ist, von dem ja hauptsächlich die Arbeiter getroffen werden, denn die reichen Nichtstuer haben schon lange irgend einen Unterschlupf gefunden (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Wir beantragen daher, daß die bei Ausbruch des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen wieder voll in Kraft gesetzt werden. — In dichtbevölkerten Gegenden dürften keine feuergefährlichen Gegenstände angefertigt oder aufbewahrt werden. Ich erinnere an den Unglücksfall in Berlin O., wo nur durch einen Zufall eine viel größere Explosion verhütet worden ist. Die Polizeizensur hat darüber wieder nur entstellte Berichte durchgelassen. Dadurch wird die Bevölkerung nur noch mehr beunruhigt. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Das Ausland erfährt doch alles was vorkommt genau so wie wir erfahren haben, daß im Auslande noch viel schwerere Explosionen stattgefunden haben. — Protestieren müssen wir dagegen, daß man jetzt die Kriegerfrauen unter Androhung des Entzugs der Unterstützung zur Arbeit zwingen will. Dr. Delbrück hat früher auf eine Beschwerde der Sozialdemokratie ausdrücklich anerkannt, daß jede Frau die Selbstbestimmung darüber haben müsse, ob sie bei ihrem Zustand, bei ihren Familienverhältnissen oder in Rücksicht auf etwaige Kinder in der Lage sei, außerhalb des Hauses eine andere als häusliche Arbeit anzunehmen. Dazu steht der neue Erlaß des Reichskanzlers in direktem Gegensatz. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Er gibt zu den schwersten sozialen Bedenken Anlaß, vor allem in Hinblick auf die Möglichkeit der Verwahrlosung der Kinder. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Die Frauen haben während des Krieges schon genug zu leiden gehabt, man sollte ihnen nicht auch noch die Selbstbestimmung rauben. Die Männer an der Front sind empört darüber, daß ihre Frauen zur Arbeit gezwungen werden sollen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Aehnlich will man jetzt auch die Schulkinder zwingen, Landarbeit zu verrichten. Es hat sich ein Verein gegründet, um die Kinder massenhaft aufs Land zu verpflanzen. Man hofft dadurch eine Neubelebung der Liebe zum Lande herbeizuführen. Aber das einzige Mittel gegen die Landflucht ist die Schaffung besserer Arbeitsverhältnisse auf dem Lande. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Es heißt allerdings, die Kinder sollen zur Erholung aufs Land, aber der Zweck ist doch zu durchsichtig. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Das höchste Gut, das die Eltern ihren Kindern geben können, ist die Schulbildung, aber die Dorfschule kann sich mit der Stadtschule nicht messen. Und wer entschädigt die Angehörigen in Krankheitsfällen, erhalten die Frauen weiter die 15 Mark Unterstützung für das Kind, wenn dieses aufs Land gebracht wird? Man sagt, es handelt sich darum, den Kindern die Lebensmittel auf dem Lande zuzuführen. Nun, wenn man Lebensmittel auf dem Lande hat, dann nur her damit für die Arbeiter in den Städten! (Sehr gut! b. d. Soz. Arb.) Sehr zu begrüßen ist der Beschluß der Kommission über die Erhöhung der Kriegswochenhilfe. Das ist jetzt im dritten Kriegsjahre eine unabweisliche Forderung. Die Unkosten für die Erhöhung des Stillgeldes werden nicht allzu groß sein, weil die Zahl der Geburten abnimmt und die Zahl der Totgeburten steigt. Den Antrag der Sozialdemokraten in dieser Frage unterstützen wir. Dringend notwendig ist unser Antrag, die Gemeinden zu zwingen, 50 Prozent Zuschuß zur Reichsunterstützung zu zahlen. Gewiß sind die Gemeinden nicht auf Rosen gebettet, aber noch viel schlechter daran sind die Familien der Kriegsteilnehmer. Das Reich hat natürlich die Pflicht, die von den Gemeinden verauslagten Gelder ihnen zurückzuzahlen. — Der Abg. Stresemann sprach gestern über den Klassenkampf und bezog sich auf den Aufsatz eines Gewerkschaftsführers Winnig in den „Sozialistischen Monatsheften". Aber Winnig schreibt nur für seine Person, die Arbeiter denken darüber anders. Herrschte nicht Burgfrieden, so würden sie ganz andere Maßnahmen gegenüber dem betreffenden Winnig ergreifen. Noch bedeutend weiter geht Herr Leimpeters in der „Glocke". Auch auf den Leim gehen die Arbeiter nicht. Winnig scheint nicht zu wissen, daß sich die Unternehmer des Baugewerbes zu einem großen Wirtschaftsbund zusammengeschlossen haben, nicht etwa um in Zukunft gegen die Rohstofflieferanten und deren Syndikate vorzugehen, sondern auch, um gegen Lohnforderungen des aufstrebenden Proletariats gerüstet zu sein. Wenn Winnig wirklich von einem neuen politischen System der Sozialdemokratie schreibt, so bedeutet das nichts anderes, als Aufgabe der Grundsätze der Sozialdemokratie und damit der Sozialdemokratie selbst. Davon rücken wir entschieden ab. Solange der Kapitalismus besteht, wird es auch einen Klassenkampf geben, denn Kapital und Arbeit sind unüberbrückbare Gegensätze. — Jetzt unter dem Burgfrieden herrscht lediglich Kirchhofsruhe. Das Großkapital aber geht aus dem Kriege ungeschwächt hervor, das Kleinhandwerk, der Mittelstand ist vernichtet. Was die kapitalistische Produktionsform in Jahrzehnten an kleinen Existenzen nicht beseitigen konnte, hat der Krieg über Nacht vollbracht. Auch nach dem Kriege wird es Klassenkämpfe geben, weil trotz der angeblichen Neuorientierung das System bestehen bleibt, und auf das System kommt es an. (Bravo! b. d. Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Zur Frage der Teilung des Reichsamts des Innern scheinen mir doch die gegen die Teilung sprechenden Gründe die stärkeren zu sein. Die zu bearbeitenden Materien hängen eng miteinander zusammen. Die Einstellung unserer ganzen Wirtschaft auf den Krieg hat eine Beschleunigung und Verstärkung erfahren durch das Hilfsdienstgesetz. Das Bedauern über das Anwachsen der Frauenarbeit kann ich nicht teilen. Wir sind im Kriege, und Brot und Granaten sind die Hauptsache. Wir haben genügend Arbeitskräfte, wenn jeder Mann und jede Frau ihre Schuldigkeit tun. Wir werden aber unterliegen, wenn wir versäumen, zu tun, was die Schicksalsstunde verlangt. Frei von Sentimentalität gegen die Feinde und gegen uns selbst! Das mag hart klingen, aber nicht ich bin hart, sondern die Zeit. Draußen sind Tausende und Abertausende blühender Leben für das Vaterland geopfert. Auch unsere Feldherren haben ein fühlendes Herz, aber sie schicken die Truppen in den Tod, wenn das Vaterland es verlangt. Der Sieg wird nicht ohne Opfer gewonnen. Die Stillegung von Betrieben schädigt eine große Zahl von Existenzen und vernichtet manche dauernd. Deshalb wird alles geschehen, was zur Milderung dieser Wirkungen irgend beitragen kann. Wir werden für gemeinschaftliche Beschaffung der Rohstoffe beim Wiederaufbau der Friedenswirtschaft und für eine gerechte Verteilung unter besonderer Rücksichtnahme auf die stillgelegten Betriebe sorgen müssen. Wir können aber nicht auf Maßnahmen verzichten, die Kriegsnotwendigkeiten sind. Das gilt auch für die zahlreichen Wünsche der sozialdemokratischen Anträge. Sie scheinen mir die an sich zweifellos berechtigten Rücksichten auf den Arbeiterschutz doch in weitgehendem Maße über die Kriegsnotwendigkeit zu stellen. Die Einschränkung der Schutzbestimmungen sind nur vorgenommen worden, wo in einzelnen Fällen die Notwendigkeit vorlag. Von der Befugnis, generelle Ausnahmen zu gestatten, hat der Reichskanzler bisher keinen Gebrauch gemacht. Man sagt, wir zehren vom Kapital der Volkskraft. Ich gebe das zu, aber es ist besser, als daß wir das gesamte Kapital verlieren. Der Wunsch, die Wochenhilfe der Kriegerfrauen auch auf die Frauen der im Hilfsdienst tätigen Männer auszudehnen, ist berechtigt, und wir werden eine Form finden, ihn zu erfüllen. Die erhöhte Familienhilfe auch über den 1. Mai aufrecht zu erhalten, ist ein Wunsch, dem der Bundesrat wahrscheinlich entsprechen wird. Dem Wunsch auf Erhöhung der Alters- und Hinterbliebenen- und Unfallrente läßt sich in der vorliegenden Form nicht entsprechen. Aber die bereits zweimal gewährten 100 000 Mark für Wohlfahrtszwecke lassen sich dazu verwenden. Den Stellen, die über die Bedürftigkeit der Kriegerfrauen zu entscheiden haben, haben wir es zur Pflicht gemacht, ohne Engherzigkeit zu verfahren. In meinem vom Vorredner erwähnten Rundschreiben vom März dieses Jahres habe ich betont, daß bei der Prüfung der Bedürftigkeit weitgehendes Wohlwollen gezeigt werden soll. Die Kämpfer an der Front müssen das Bewußtsein haben, daß ihre Familien keine Not leiden. Weigert sich eine Kriegerfrau, die nach ihren häuslichen Verhältnissen abkömmlich ist und nach ihren körperlichen Kräften arbeiten kann, so wird die Behörde anzunehmen haben, daß sie auf die Unterstützung verzichtet. Selbstverständlich darf das nur nach ernster Prüfung und nach Mitteilung an die Frauen geschehen. Ich glaube, dieser Erlaß ist vernünftig, und ich halte ihn aufrecht. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist trotz der beschränkten Ernährung und der starken Anforderungen an die Arbeitskraft ein guter. Durch planmäßige Konzentration der Arbeitskräfte ist es gelungen, bisher durchzuhalten, und es wird auch weiter gelingen. Unser Volk verdient höchste Bewunderung für den vaterländischen Sinn, mit dem es die letzten harten Monate ertragen hat. Die Portionen werden schmal, und deshalb muß jeder, der über Vorräte verfügt, sie zur Verfügung stellen. Wenn es überall im Lande bekannt ist, wie sich die städtische Bevölkerung einschränken muß, dann wird diese Kenntnis bewirken, daß jeder tut, was er kann, um diese Einschränkung im Interesse des Vaterlandes abzustellen. Ich habe zum Patriotismus der ländlichen Bevölkerung dasselbe Vertrauen wie zu dem der städtischen. Wie der U-Boot-Krieg wirkt, zeigt die Rede Lloyd Georges, in der er auf den Pflug seine Hoffnung setzt und betont, daß die englische Landwirtschaft in sechs Wochen leisten müsse, was in 2½ Jahren versäumt wurde. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Frieden und Brot identisch sind. Die schlechte Welternte ist kein Zufall. Wir werden in Deutschland in diesem Jahre soweit sein, daß wir soviel Salpeter produzieren, als ganz Chile vor dem Kriege. Trotzdem bekommt die Landwirtschaft nicht soviel, wie sie braucht. Daraus leite ich ab, daß auch die nächste Welternte schlecht sein wird. Wir haben die niedrigsten Getreidepreise der ganzen Welt, und wir werden nach dem Kriege Vorkehrungen zu treffen haben, daß nicht Getreide von uns nach

---

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

123. Fortsetzung.

„Ein politischer Schlaukopf, das ist unzweifelhaft!" entschied Rasumichin bei sich, langsam die Treppe hinabsteigend. „Auch die Schwester hat er nach sich gestimmt; dies ist dem Charakter Avdotja Romanownas sehr sympathisch. Es hat Wiedersehen bei ihnen gegeben. Sie selbst hat mir ja dies zu verstehen gegeben. Aus vielen ihrer Worte und Wörtchen — und Andeutungen geht mir dies hervor. Und wie sollte ich mir sonst diese ganze Verwickelung erklären können? Hm! Ich habe ja darüber nachgedacht, großer Schöpfer, wie habe ich nachgedacht. Ja, es war ein Schatten und ich bin schuldig vor ihm. Diese Verblendung kam damals über mich auf dem Korridor, bei der Lampe. Pfui! Welch' niedriger, roher und unflätiger Gedanke von mir! Der Bursche Mikolay, er hat ja gestanden — und auch alles Vorhergegangene hat er erklärt! Es ist dies seine Krankheit gewesen, seine seltsamen Handlungen, schon früher, schon auf der Universität war er ja stets düster, verschlossen! Aber was hat der Brief zu bedeuten? Hier ist wohl ein Haken! Von wem mochte er sein? Ich argwöhne — hm. Nein, ich werde es ja erfahren!"

Er dachte nur an Dunja und sein Herz stand fast still; er stürzte schnell vorwärts.

Als Rasumichin bei Raskolnikow eingetreten war, hatte sich dieser erhoben und nach dem Fenster gewandt, in die eine Ecke tretend, als habe er die Beschränktheit des Raumes seiner Wohnung ganz vergessen, dann hatte er sich wieder auf das Sofa gesetzt. Er fühlte sich wie neugeboren — wiederum war ein Ausweg gefunden!

„Ein Ausweg gefunden! Freilich, es war alles schon gar zu sehr verschlossen und verlegt gewesen, es begann ihn qualvoll zu beklemmen. Seit jener Szene mit Mikolay vor Porphyrius hatte er ohne rettenden Ausweg geatmet in der Enge. Nach ihr folgte am selben Tag jene bei Sonja; er führte sie durch und zu Ende, zwar nicht völlig so, wie er sich früher vorgenommen — er war schwächer geworden, in einem Augenblick und dies durchaus. Mit einem Schlage! Er war Sonja gegenüber einverstanden damit gewesen, vollständig und mit ganzer Seele, daß er allein mit einer solchen Tat auf dem Gewissen nicht leben könne! Und Swidrigailow? Das Rätsel mit Swidrigailow — dieser beunruhigte ihn, es war wahr, aber doch nicht von jener Seite. Mit ihm konnte möglicherweise noch ein Kampf bevorstehen; er bildete vielleicht jenen Ausweg; doch Porphyrius verfolgte ein anderes Werk" —

Und dieser hatte doch Rasumichin noch selbst, auf „psychologische" Weise, Erklärungen gegeben! Da führte er wieder seine vermaledeite Psychologie ins Feld, dieser Porphyrius! Sollte Porphyrius auch nur eine Minute lang glauben können, daß Mikolay schuldig war, nach alledem, was damals unter ihnen beiden, nach jener Szene, Auge in Auge, gesprochen worden war, und wofür es keine vernünftige Erklärung gab, außer einer einzigen? Raskolnikow war in den letzten Tagen wiederholt jene ganze Szene mit allen Einzelheiten durch das Gedächtnis gegangen, ganz konnte er sich ihrer allerdings nicht mehr entsinnen. Es waren damals zwischen ihnen Worte gesprochen worden, Bewegungen und Gesten zum Vorschein gekommen, sie hatten Blicke gewechselt und es war in einem Tone gesprochen worden, daß Mikolay darauf nicht imstande war, den tiefsten Grund der Ueberzeugung Porphyrius' wankend zu machen — des Porphyrius, welcher ihn bei seinem ersten Worte, bei der ersten Geste durchschaut hatte!

Aber auch Rasumichin begann Verdacht zu fassen! Der Vorfall auf dem Korridor, bei der Lampe war nicht umsonst gewesen. Da war er zu Porphyrius gekommen. Aus welchem Grunde befliß sich aber dieser, ihn zu verleiten? Welche Absicht hegte er, den Blick Rasumichins auf Mikolay zu wenden? Er hatte offenbar einen festen Gedanken, feste Absichten, aber welche? Es war seit jenem Morgen schon geraume Zeit verstrichen, viel zu viel, aber von Porphyrius hatte er weder etwas zu sehen noch zu hören bekommen. Gewiß geht die Sache nicht den gewünschten Gang!

Raskolnikow ergriff seine Mütze und verließ die Kammer. Es war dies der erste Tag in dieser Zeit, an welchem er sich wenigstens ziemlich viel besser befand. „Jetzt gilt es, mit Swidrigailow fertig zu werden, dachte er, „und zwar so schnell wie möglich: derselbe scheint sogar zu warten daß ich zu ihm komme!" In diesem Augenblick erhob sich in seinem gemarterten Innern eine solche Wut, daß er in dieser Minute einen jener beiden hätte umbringen können: Swidrigailow oder Porphyrius! Er fühlte wenigstens, daß er, wenn nicht in diesem Augenblick, so doch in der Folge, fähig sein werde, es zu tun. „Wir werden sehen, wir werden sehen," wiederholte er für sich.

Er hatte kaum die Tür nach dem Flur geöffnet, als er unerwartet mit Porphyrius zusammenstieß. Dieser hatte gerade zu ihm gewollt; Raskolnikow war einen Augenblick wie versteinert. Seltsam, er wunderte sich gar nicht über diesen Besuch und empfand fast gar keine Furcht. Er erbebte nur, aber kurz, im Augenblick hatte er sich gefaßt. „Vielleicht kommt die Lösung! Aber wie verstohlen ist er gekommen, wie eine Katze; ich habe nichts vernommen; sollte ich wirklich nichts gehört haben?"

„Ihr erwartet wohl nicht Besuch, Rodion Romanowitsch," rief jener lachend. „Ich wollte schon längst zu Euch kommen, nun, ich ging gerade vorüber und denke — weshalb soll man nicht einmal vorsprechen auf fünf Minuten? Wohin wollt Ihr denn? Nun, ich will Euch nicht abhalten. Nur eine Zigarette möchte ich anstecken, wenn es erlaubt ist?" —

„Nehmt Platz, Porphyrius Petrowitsch, setzt Euch," lud Raskolnikow seinen Besucher ein, mit bester und freundlichster Miene, so, daß er sich vielleicht über sich selbst gewundert haben würde, wenn er sein Bild hätte sehen können. Alle Erinnerungen schienen wie weggefegt. Bisweilen erduldet ein Mensch vor einem Räuber eine halbe Stunde lang Todesangst, aber sobald ihm das Messer an die Kehle gesetzt ist, dann ist die Angst verschwunden.

Raskolnikow setzte sich Porphyrius gerade gegenüber und schaute ihn, ohne mit den Augen zu blinzeln, an. Porphyrius kniff die seinen zusammen und begann, seine Zigarette zu rauchen.

„Nun, so sprich doch, sprich," schien es sich aus dem Innern Raskolnikows hastig loszuringen, „nun, was wirst du mir zu sagen haben."

2.

„Diese Zigaretten," begann Porphyrius Petrowitsch, zu Ende rauchend und ausatmend, „sie bringen Schaden, reinen Schaden und doch kann ich sie nicht lassen; man bekommt Husten, Reiz im Halse, und Engbrüstigkeit davon. Ich bin nun etwas ängstlich, und fuhr daher zu dem berühmten B., der jeden Patienten eine halbe Stunde im Minimum untersucht. Der lachte und sah mich an: Er klopfte und horchte. „Für Euch taugt besonders der Tabak nicht," sagte er dann, „Eure Lungen sind erweitert." Ja, aber wie soll ich ihn lassen? Was soll ich dafür eintauschen? Ich trinke nicht, das ist das Elend, hähähä, daß ich nicht trinke, dies ist der Fehler! Alles steht ja in Konsequenz zu einander, alles Rodion Romanowitsch!"

„Was will er damit sagen, bereitet sich wieder jenes frühere Verhör gegen mich vor?" dachte Raskolnikow voll Ekel. Jene ganze neuliche Szene bei ihrem letzten Beisammensein trat wieder unvermutet vor sein Auge, und jenes Gefühl von damals wogte auf in seiner Brust.

„Ich bin schon vorgestern abend bei Euch gewesen; Ihr wißt es wohl noch gar nicht?" fuhr Porphyrius Petrowitsch fort, sich im Gemach umschauend, „ich trat in diesen nämlichen Raum ein. Gerade wie heute, ging ich just ebenfalls unten vorüber, und dachte, ich könnte ja einmal ein Visitchen machen. Ich stieg also herauf, aber die Kammer stand weit geöffnet; ich hielt Umschau — wartete eine Weile; habe aber Eurer Magd nichts gemeldet — und ging wieder. Ihr schließt hier gar nicht zu?"

Das Gesicht Raskolnikows wurde düster und düstrer. Porphyrius erriet dessen Gedanken genau.

(Fortsetzung folgt.)

dem Auslande geht. Hereinkommen wird in nennenswerten Mengen nichts. Zur Beilegung der Transportschwierigkeiten hat unsere Eisenbahnverwaltung das Menschenmögliche getan. Die Wogen der Verkehrsstörungen sind im Abflauen, und wir nähern uns wieder normalen Verhältnissen. Die Organisation, deren Zauberkraft im Anfange des Krieges überschätzt wurde, ist jetzt nahezu in Verruf gekommen. Das eine ist so falsch wie das andere. Freies Spiel konnte man den Kräften des Wirtschaftslebens nicht lassen, das hätte zu Hungersnöten und ähnlichen katastrophalen Wirkungen führen müssen. Mit der Preisregulierung allein ist nichts zu erreichen, das wußten wir aus den Erfahrungen der französischen Revolution. So blieb uns nur übrig, neue Organisationsformen zu finden, und ich möchte behaupten, unsere Kriegsgesellschaften haben bei aller Kritik im einzelnen sich gut bewährt. Man wirft den Kriegsgesellschaften große Verschwendung vor. Berechtigt ist dieser Vorwurf nicht. Es wird nach kaufmännischen Grundsätzen gearbeitet. Ich will aber zugeben, daß die Kriegsgesellschaften ein Gebot der Not sind. Manches Praktische aus diesen Organisationen werden wir freilich auch in den Frieden hinübernehmen können, vor allem das Zusammenarbeiten der Beamten mit den Kreisen der Gewerbestände, bei dem die Beamten zweifellos viel gelernt haben. Die Einfuhr kann aus militärischen Gründen und aus Rücksicht auf unsere innere Wirtschaft nicht zugelassen werden. Bei der Einfuhr kommt vor allem die Frage der Valuta in Betracht. Wir müssen unsere Kraft doppelt konzentrieren auf die allerwichtigsten Einfuhrgüter. Nun warf uns gestern Herr v. Brockhausen vor, wir hätten nicht rechtzeitig an die wirtschaftliche Mobilmachung gedacht. Richtig ist, daß man in den maßgebenden Stellen des Reiches mit einer solchen Entwickelung, wie wir sie jetzt sehen, nicht gerechnet hat. Natürlich werden wir aus den Erfahrungen des Krieges für die Zukunft lernen. Eine Art wirtschaftlicher Mobilmachung haben wir aber doch, das war unsere Sozialpolitik und unsere Wirtschaftspolitik. Gegen die Behauptung, daß die Sozialpolitik der Regierung und den herrschenden Kreisen Schritt für Schritt habe abgerungen werden müssen, lege ich Verwahrung ein. Die Ausnahmen, die jetzt im Kriege von der Sozialpolitik gemacht werden mußten, werden selbstverständlich nach dem Kriege wieder beseitigt werden, und wir werden die Sozialpolitik fortführen. Unsere Wirtschaftspolitik andererseits hat die Grundlage geschaffen zu dem Durchhalten in diesem Kriege. Auf die Vorbereitungen der Uebergangswirtschaft legen wir natürlich den größten Wert. Unseren Verbündeten gegenüber wird auch im Frieden das Wort gelten: Einigkeit macht stark. Hoffentlich gelingt es, die alten Handelsverbindungen wieder anzuknüpfen. In der Gegenwart kommt es darauf an, den Krieg zum siegreichen Ende zu führen. Das Hauptwerk dabei fällt unseren herrlichen Truppen und ihren genialen Heerführern zu. (Beifall.)

Abg. Frenker (Zentr.) tritt für die Förderung des Kleinhandels und des Handwerks ein.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Dem Staatssekretär halte ich das Wort Bismarcks entgegen: Wenn wir keine Sozialdemokratie hätten, hätten wir das bißchen Sozialpolitik auch nicht. Der Vorwurf, die Sozialdemokratie hätte die Sozialpolitik bekämpft, ist eine alte Behauptung aus dem Material des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ich verweise den Staatssekretär in dieser Beziehung auf die bekannte Rede Ludwig Bambergers, in der er nachwies, daß die Kranken- und Invalidenversicherung eigentlich nur aus sozialdemokratischen Vorschlägen zusammengesetzt war und der deshalb meinte, man sollte dann lieber gleich Bebel zum Staatssekretär machen. Also etwas Studium der Entwicklung des Reichs und der Reichsgesetzgebung könnte Herrn Dr. Helfferich nichts schaden. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Rundschreiben des Staatssekretärs mag von der besten Gesinnung eingegeben sein. Aber bei den mit der Ausführung betrauten Behörden muß es sehr bedenklich wirken. Es ist bedauerlich, daß in dem Gesetz über die Familienunterstützungen überhaupt das Wort „Bedürftigkeit" steht. Man sagt, die Frau, die sonst gearbeitet hat, soll auch jetzt zur Arbeit herangezogen werden, während doch die allerverschiedensten Umstände dazu führen können, daß eine Frau nicht arbeitet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Offiziersfrau mutet man nicht zu, sich Arbeit zu verschaffen und dasselbe Recht muß jede Kriegerfrau haben. In vielen Fällen haben die Frauen auch deshalb keine große Neigung zur Arbeit, weil der Arbeitsverdienst ihnen auf die Unterstützung angerechnet wird. Arbeitsverdienst bis zu 1500 Mk. im Jahre sollte überhaupt nicht angerechnet werden dürfen. (Zustimmung bei den Soz.) Von den Arbeiterschutzbestimmungen sind solche Ausnahmen gestattet worden, daß die Ausnahmen bereits die Regel geworden sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diese Bestimmungen sind doch nicht erlassen worden, zur Freude der Arbeiter oder zum Aerger der Unternehmer, sondern sie sind seinerzeit geboren aus der Not der Zeit, aus der Sorge für die Gesundheit der Bevölkerung, und diese Sorge muß gerade durch die Länge des Krieges besonders stark werden. Durch die übermäßige Arbeitszeit wird die Produktion auch keineswegs gefördert. Die Frau, die heute 11 und 12 Stunden arbeiten muß, würde [illegible] stündiger Arbeitszeit dasselbe leisten. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) In den Ausführungen des Staatssekretärs habe ich ein Bild dessen vermißt, was nach dem Kriege kommen soll. Unser Wirtschaftsleben ist völlig zugeschnitten, und daß man [illegible] Friedensschluß das Wirtschaftsleben etwa wie eine vorgestellte Uhr zurückstellen kann vom August 1914 ist doch ganz unmöglich. Das Wirtschaftsleben ist nichts Mechanisches, sondern organisches Leben, und was einmal geworden ist, ist da und mit dem muß gerechnet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Staatssekretär erst einmal sieht, was der Krieg auch im inneren Wirtschaftsleben zerstört und was er geschaffen hat, so wird er [illegible] können, daß er vor ganz neuen Aufgaben steht. Wir können die Vergangenheit nicht neu beleben und müssen uns mit den neuen Verhältnissen der Gegenwart einrichten. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Unser gewerblicher Arbeiterschutz ist zugeschnitten auf die Verhältnisse vor 25 Jahren. Damals mußten Mißstände beseitigt werden. Jetzt aber gilt es, wiederum neue Mißstände zu beseitigen. Deshalb muß mit dem Ende des Krieges eine den neuen Verhältnissen angepaßte Sozialreform eintreten. Die Regierungen haben wohl manchmal die sozialen Gesetze als kleineres Uebel angesehen: Tatsache aber ist, daß noch nie und nirgends der industrielle Aufschwung durch soziale Gesetze gehemmt wurde, im Gegenteil geht der Arbeiterschutz mit dem industriellen Aufschwung immer Hand in Hand. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Volkes wird eine der größten Aufgaben nach dem Kriege sein. Ueberall, auch in der Landwirtschaft und im Handwerk muß deshalb der Arbeiterschutz ausgebaut, muß dem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft Einhalt getan werden, und jetzt schon sind Vorschläge für den sozialen Ausbau dringend notwendig. Ebenso notwendig ist der Ausbau auf dem Gebiete des Versicherungswesens, damit die Kaufkraft des Geldes nicht verliere. Die Forderungen der Arbeiter liegen zunächst im persönlichen Interesse der Arbeiter, aber zugleich wird mit ihnen den Interessen der Allgemeinheit gedient. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Deshalb muß noch viel geschehen, auch auf dem Gebiete des Koalitionsrechts und der Vereinigung der Arbeiterinnen. Die bessere Stellung der Arbeiter ist notwendig, wenn wir nicht die intelligentesten Kräfte verlieren wollen an Amerika, das infolge des riesigen Kapitalumschlages ein großer Anziehungspunkt sein wird. Ingenieure, Techniker und Arbeiter sind man bei den uns Europa holen und wiederum wird Amerika wie schon früher mit ein großer Schmelztiegel werden, der unsere geistigen Kräfte anzieht, wenn hier nicht vorgesorgt wird. Ohne Wirtschaftskrieg wird Amerika uns dann wirtschaftlich überflügeln. Genug werden die Krieger, die ihre Heimat mit ihrem Blut verteidigt haben, nach ihrer Rückkehr finden in der Heimat Arbeit. (Lebh. Sehr wahr!) Aber die Verhältnisse in der Heimat müssen auch so gestaltet werden, daß Glück und Wohlstand für jeden möglich ist, und daß jeder seine Kräfte mit Freuden dabei, an eine höhere Zukunft herbeizuführen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Barnickel (Soz.) erörtert Handwerksfragen. Bei der Besetzung der Aemter muß das Handwerk besser berücksichtigt werden. Trotz aller Not sieht das Handwerk ungebeugt der Zukunft entgegen.

Abg. v. Böhn (Kons.): Wenn die wirtschaftliche Mobilmachung versäumt worden ist, so liegt die Schuld an den Diplomaten, die einen solchen Krieg offenbar nicht für möglich gehalten haben. Der Stickstoff darf der Landwirtschaft nicht erst im Sommer zur Verfügung gestellt werden, da kann sie ihn nicht mehr brauchen. Die Behauptung des Herrn Büchner, daß die Kinder aufs Land genommen werden, um als ländliche Arbeiter ausgenutzt zu werden, ist eine unerhörte Verdächtigung und zeigt auch große Unterschätzung der Arbeit der Landarbeiter. Die Landwirte nehmen die Schulkinder aus reiner Menschenliebe aufs Land. (Bravo! rechts.)

Abg. Horn (Soz. Arb.) befürwortet den Antrag Bernstein auf Beseitigung der Ausnahmen der Arbeiterschutzbestimmungen. Namentlich in den sächsischen Glashütten muß Leben und Gesundheit der Frauen und jugendlichen Arbeiter geschützt werden.

Abg. Brühne (Soz.): Die Kriegsverletzten dürfen nicht als Lohndrücker benutzt werden, wie das jetzt zum Teil schon geschieht. Das müßte die bitterste Stimmung unter den Arbeitern erzeugen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit der Aufhebung von Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen hätte man nicht so voreilig sein sollen. Auf der anderen Seite sollte man die vielen Dämchen, die jetzt noch arbeitslos auf der Straße herumlaufen, einmal in Munitionsfabriken stecken, damit sie lernen, was arbeiten heißt. (Sehr gut! bei den Soz.) Der 7-Uhr-Ladenschluß wird hoffentlich nach dem Kriege beibehalten werden. An den Mißständen im Submissionswesen sind die Handwerker mit ihren viel zu niedrigen Angeboten, mit denen sie sich gegenseitig Schmutzkonkurrenz machen, selbst schuld. Unsere vornehmste Aufgabe nach dem Kriege wird sein, uns der unglücklichen Kriegswaisen anzunehmen. Möge dieser furchtbare Krieg ein Ende nehmen. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs.

Die weitere Debatte wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

hat am Dienstag seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen. Kleine Anfragen gingen voraus. Man hörte vom Regierungstisch, daß nachdrückliche Proteste und unsere Vergeltungsmaßnahmen die Franzosen zur Freilassung der Marokkodeutschen, soweit sie Frauen oder nicht und nicht mehr wehrfähige Männer sind, veranlaßt haben. Auch die schlechten sanitären Einrichtungen in einem Londoner Gefangenenlager sind beseitigt. Bezeichnend war eine konservative Anfrage, die sich gegen die „verderbliche" weitgehende Ausschaltung des sachverständigen Handels und Gewerbes in der Kriegswirtschaft richtete. Die Konservativen fühlen sich als Schützer des Handels, den ihre nationalökonomischen Führer sonst mit scheelen Augen angesehen haben, um neue Wählerschichten einzufangen. Die Vorlage über die Kriegsabgabe der Reichsbank, die von ihrem Verdienst im Jahre 1916 vorweg 100 Millionen Mark an das Reich zahlen soll, wurde rasch in allen Lesungen erledigt. Dann begann die Besprechung über den Etat des Reichsamts des Innern. Herr Helfferich leitete sie mit einer Rede ein, in der er die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen zweiten Unterstaatssekretärs nachwies. So ziemlich alle Parteien stimmten ihm bei. Vom Zentrum sprach Giesberts, der die Gewerkschaftsforderungen eifrig vertrat. Mit vollem Recht wies er darauf hin, daß die Lohnsteigerungen weit hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurückgeblieben sind. Er nahm sich der Interessen der Privatangestellten an, deren Verbände von den Kriegsgesellschaften noch immer nicht anerkannt werden und forderte neben der möglichst baldigen Wiedereinbringung eines Arbeitskammergesetzes die Hinzuziehung von Arbeitervertretern zu der Reichsstelle für Uebergangswirtschaft. Seine Klage vom Raubzug des Großkapitals gegen den Mittelstand während des Krieges ist sehr begreiflich, aber sie wird an den Tatsachen der ungeheuren Konzentration aller Betriebsmittel nichts ändern. Ausdehnung der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und Ausbau der Gewerbeinspektion waren seine weiteren Forderungen. Mit allen diesen Wünschen konnte sich unser Redner, Genosse Hoch, einverstanden erklären. Auch er wies eindringlich auf die Nöte der Zeit für die Arbeiterklasse hin und tadelte scharf die Aufhebung der Arbeiterschutzgesetzbestimmungen in vielen Betrieben. Die Ueberanstrengung der Arbeiter, namentlich der Frauen und Kinder, führt zu einem für die Zukunft bedenklichen Raubbau an der deutschen Arbeitskraft. Sehr eindringlich wies [illegible] Redner darauf hin, daß der ewige Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der Kampf um die Profithöhe nur mit der Aufhebung der Privatwirtschaft ihr Ende finden könnte. Der Arbeiterklasse stehen so außerordentlich schwere Kämpfe nach dem Kriege bevor, daß die Hoffnung auf die Einigkeit der Arbeiterklasse, womit unser Redner schloß, gewiß berechtigt erscheint. Die Nationalliberalen schickten Herrn Stresemann vor, der die Einschränkung der Sozialpolitik sehr leidlich als Kriegsnotwendigkeit verteidigte. Wie von ihm nicht anders zu erwarten war, warnte er beweglich davor, den Kriegssozialismus in die Friedenszeit mit hinüber zu nehmen. Neben einem Reichsarbeitsamt forderte er ein Reichshandelsamt. Herr von Breitenbach bekam im Vorbeigehen zu hören, daß die Eisenbahnverwaltung an der Transportkrise nicht so unschuldig sei. Daß in der Kanalfrage das Reich die Führung übernehmen müsse, wird auch von uns unterstrichen werden. Nach einer herzlich unbedeutenden Rede des Konservativen v. Brockhausen, die nicht weit über die Klage hinaus kam, daß die Kriegsgesellschaften zu hohe Gehälter zahlen, schloß die erste Sitzung mit einer Rede des Volksparteilers v. Liesching.

Frauen im Dienste der Heeresverwaltung.

Wie das Kriegsministerium im „Armee-Verordnungsblatt" mitteilt, dürfen künftig weibliche Arbeitskräfte in der Heeresverwaltung nicht nur als Schreibhilfen und Lohnangestellte, sondern allgemein auch in Stellen von oberen und unteren Beamten verwendet werden. In diesen Stellen sind sie ebenfalls ausnahmslos gegen Vertrag zu beschäftigen, also weder mit den Beamtenstellen zu beleihen, noch zu beamten. Bei der Abfindung muß entschieden werden, um welche Art von Arbeiten es sich handelt. Für die Abfindung sind Höchstsätze vorgesehen, die nach vier Ortsklassen eingeteilt sind. Stenotypistinnen erhalten in der obersten Ortsklasse monatlich 120 Mk., steigend nach acht Monaten bis zu 170 Mk.; Maschinenschreiberinnen 100 Mk., steigend bis 140 Mk. Weibliche Angestellte, die in der Heimat dauernd außerhalb ihres Wohnsitzes beschäftigt werden müssen und notgedrungen doppelten Haushalt zu führen gezwungen sind, kann eine Unterhaltsbeihilfe bis zu 25 v. H. ihrer Vertragsvergütung bewilligt werden. In den Etappen und in den besetzten feindlichen Gebieten sind weibliche Vertragsangestellte im allgemeinen in Anlehnung an die für die Zivilverwaltung daselbst geltenden Grundsätze zu entlohnen.

Die Adlon-Konferenz.

Der Macher der gegen den Kanzler gerichteten Aktion, Graf Hoensbroech, macht auf Wunsch mehrerer Teilnehmer in einer Zuschrift an die Presse folgende Feststellungen:

1. Die „Eingaben" an den Kaiser, Reichstag, Hindenburg, die mit der „Einladung zur Besprechung" versandt wurden, waren „Entwürfe" und als solche bezeichnet; d. h. also, es waren Schriftsätze, die verbessert werden konnten. 2. Von irgend welcher Bindung der Erschienenen auf die Eingabenentwürfe war so wenig die Rede, daß ich, als Vorsitzender, in der Einleitungsansprache ausdrücklich erklärte, Grundlage der Besprechung sei die völlige Freiheit und Ungebundenheit jedes einzelnen, Uebereinstimmungen durch Mehrheiten, wie das in Parlamenten und sonst üblich sei, gäbe es hier nicht. 3. Das Recht, zu vertraulichen Besprechungen über vaterländische Dinge zusammenzukommen, und das Recht, Eingaben an den Kaiser, an den Reichstag, an Hindenburg zu machen, ist so selbstverständlich, daß darüber ein Wort zu verlieren ist. 4. Keiner der Eingabenentwürfe ist gewählt und deshalb auch keine der Eingaben gemacht worden."

Die „Deutsche Tageszeitung" fügt diesen höchst originellen Feststellungen noch hinzu, daß der Graf mit seinem Standpunkt völlig allein gestanden habe.

Aus der Partei.

Wo stehen die Massen? Der „Vorwärts" schreibt: Wir haben als Kennzeichen der Wahl in Potsdam-Spandau schon das erdrückende Uebergewicht der Arbeiterstimmen für Genossen Stahl — bei im allgemeinen geringer Wahlbeteiligung — hervorgehoben. Unser Urteil wird durch die folgende Statistik bestätigt, die die sechs reinsten Arbeiterviertel von Spandau umfaßt:

Wahlbezirk	Wahlberechtigte	Davon Arbeiter	Für Stahl	Für Mehring
1. (Altstadt)	660	484	181	55
8. (Neustadt)	705	503	276	86
16. „	703	635	229	98
23. (Seegefld. Str.) . .	658	576	181	71
28. (Wilhelmstraße) . .	571	437	167	63
29. (Haselhorst)	403	322	211	41

Das heißt, ein sehr großer Teil der Arbeiter wurde durch den widerwärtigen Wahlkampf einfach in den Indifferentismus zurückgescheucht, ein anderer sehr großer Teil hielt trotz aller Widrigkeit zur Fahne der Sozialdemokratischen Partei, und ein kleines Häuflein schwenkte zu Spartakus ab: 55 von 484, also ein Achtel, 86 von 503, ein Sechstel usw. Sind das „die Massen"? Das Ergebnis ist so klar, daß selbst die „Leipziger Volkszeitung" — in hypothetischer Form — von einer „bedenklichen Niederlage" und von einem „schlechten Ergebnis" spricht. Aber sie will sich „nicht entmutigen lassen". Das sinnlose Treiben wird also fortgesetzt werden, bis der „Massenrekord" 0,0 [illegible]

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Niederlage der Gelben. Sehr lebhaft haben konservative und nationalliberale Redner vor einiger Zeit im Reichstag versichert, daß die gelbe, wirtschaftsfriedliche Bewegung einen ganz gewaltigen Umfang angenommen habe. Wie es in Wahrheit mit diesen Wirtschaftsfriedlichen steht, das beweist die bei der Firma Krupp in Essen am 14. März vorgenommene Wahl eines Arbeiterausschusses. Die freien, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und polnischen Gewerkschaften hatten eine gemeinsame Liste gegen die Gelben aufgestellt. Diese gemeinsame Liste erzielte 43 110 Stimmen, die Wirtschaftsfriedlichen brachten es trotz angestrengtester Agitation auf ganze 4193 Stimmen. Auf die vereinigten Gewerkschaften entfallen 14, auf die Wirtschaftsfriedlichen ein Vertreter. Rund 15000 Wahlberechtigte, meist Frauen, haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt. — Man muß es den Lobrednern der Wirtschaftsfriedlichen überlassen, dieses Wahlergebnis mit ihren Behauptungen [illegible] in Einklang zu bringen.

Aus Nah und Fern.

Vater und Tochter vergiftet. In der Ritterstraße 3 in Berlin wurde eine Gasvergiftung festgestellt. Seit Sonnabend fand man bei der Familie Fiedler die Türen verschlossen und auf verschiedenes Klopfen und Klingeln wurde nicht geöffnet. Da die Sache nun verdächtig wurde, holte man den Schlosser, der die verriegelte Tür aufbrach. Im Zimmer fand man Herrn F. tot im Bett und die Tochter saß ebenfalls tot in gebückter Stellung vor ihrem Bett. Der Gashahn stand noch geöffnet. Frau Fiedler ist augenblicklich nach Köln verreist.

Tat eines Geisteskranken. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Kassel: Der Gendarmerie-Obermachtmeister Müller aus Königshofen in der Rhön wurde bei der Revision der Getreide- und Mehlvorräte in der Christischen Mühle zu Aufstatt erschossen. Der Täter soll geistesgestört sein.

Todessturz aus Furcht vor dem Gatten. Die Frau des Gasarbeiters F. Wittzack stürzte sich nach einem heftigen Streit mit ihrem Manne aus dem Fenster ihrer im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung in der Karlstraße 4 zu Neukölln und blieb tot auf dem Straßenpflaster liegen. Die Frau, die Mutter von neun Kindern ist, hatte sich vor dem Gatten, der sie bedrohte, in das Schlafzimmer geflüchtet und ist, als er ihr dorthin folgte, aus dem Fenster gesprungen. Wittzack, der als roher und streitsüchtiger Mensch geschildert wird, wurde verhaftet.

Opfer der Arbeit. Auf der Zeche Wiendahlsbank (Dortmund) wurden vier Bergleute verschüttet. Sie sind alle tot. — Auf dem Eisenwerk Union bei Dortmund brach das Gehänge einer mit flüssigem Stahl gefüllten Pfanne. Zwei Arbeiter wurden verbrannt, drei andere schwer verletzt.

Der neueste Schwindel: Wasser statt Firnis. Aus Berlin, 21. März, wird gemeldet: Einem Fabrikanten in der Provinz wurde von einem gewissen Kreutzer, der angeblich in Berlin wohnte, ein Angebot von 1450 Kilogramm Firnis gemacht, wofür ein Preis von 21 000 Mark sofort nach Eingang des Frachtbriefes fällig sein sollte. Durch die vielfachen Schwindelmanöver mit Duplikatfrachtbriefen vorsichtig gemacht, zögerte der Fabrikant mit der Bezahlung, worauf ihm Kreutzer die Mitteilung zugehen ließ, er würde die Ware anderweit verkaufen, wenn der Fabrikant nicht sofort Zahlung leiste. Dies geschah dann auch durch einen Wertbrief. Der Fabrikant erfuhr zugleich bei der Bahnverwaltung, daß ein Faß mit 52 Kilogramm Firnis für ihn eingetroffen sei. Als er das Faß öffnen ließ, ergab sich, daß es anstatt Firnis klares Wasser enthielt. Er fuhr mit dem nächsten Zug nach Berlin und konnte gerade noch die Aushändigung des Wertbriefes an Kreutzer verhindern, der zugleich verhaftet wurde.

Brand eines französischen Güterbahnhofes. Nach einer Meldung des „Matin" entstand im Güterbahnhof der Stadt Abbeville, in welchem die Militärverwaltung ein großes Lager von Lebensmitteln, Petroleum und Benzin angesammelt hatte, ein Brand, durch welchen der Güterbahnhof vollständig eingeäschert wurde. Vier rauchgeschwärzte Waggons sind die einzigen Überbleibsel der Eisenbahnstation.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.